

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 25. September 1925

Nummer 39

INHALTSVERZEICHNIS

Schutzoll und Gewerkschaften	G. D.
Die Stadt	Ballier Goff
Kultur als Veredelung der Bedürfnisse	Philipp Rosenberger
Bewegung im Rhein-Mainischen Bezirksverband	Schn.
Staat und Gesellschaft II (Schluß)	Masing
Unsere Gemeindearbeiterbewegung in der Rheinpfalz	ih.
Der Kongreß unserer französischen Bruderorganisation	G. D.
Unser Mitgliederstand vom 1. September 1925	• •
Ein Bild in die Weltliteratur II	Joh. Gut

Für die Frauen.

Wasserbauarbeiter • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Landstraßenarbeiter
Gerichts-Zeitung • Internationale Rundschau • Aus unserer Bewegung.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schiefische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Ein Kuchen nach
Dr. Oetker's Rezepten
gebacken, wird Sie in jeder
Hinsicht zufriedenstellen

Schokoladenkuchen

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann
jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.



Zutaten:

1/2 Pf. Butter	4 Eier
850 g Zucker	1 Pfd. Weizenmehl
1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker	
1 Päckchen Dr. Oetker's „Backin“	
3 Eßlöffel voll Kakao	
1 kleine Tasse Milch oder Rahm.	

Zubereitung: Die Butter rühre zu Sahne, gib 1/2 Pfd. dieses mit dem Backin gemischt, Milch daran und zuletzt den Schnee der 4 Eierweiß — Teile die Masse, nenne unter die eine Hälfte den Kakao und den Rest des Zuckers, fülle den Teig abwechselnd in die gefettete Form und backe den Kuchen 1 bis 1 1/2 Stunden.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos
in den Geschäften, wenn vergriffen, gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Becken eine prima dichten Köpfe.

Langjährige Spezialität.
Katalog und Proben mit einer
50 verschiedenen Proben frei. Unentgeltlich
oder Geld zurück. Versand unter Nachnahme.
Bettfedern Nr. 1.50, 1.60; Bettdecken Nr. 2.70, 2.80;
Kissen Nr. 1.50, 1.60.

Überbett m.	12.95	14.95	16.95	18.95
Bettdecke m. 6 Pfund	15.70	17.70	19.70	21.70
2 Kissen mit 6 Pfund	8.55	12.40	14.00	17.00
1/2 schill. Bett zusammen	41.50	46.50	51.50	56.50

3 schill. extra 10 % mehr. Dessors bitten Sie Nr. 100.
Bettfedern-Größhandlung
W. Böttner, G. m. b. H., Werl i. W. 72.

Als Abgabener ein Spezialgeschäft
für Uhren gegründet, bietet am
14. Mar.
vergold. Sprungdeckeluhren
10 Jahr. Garantie, auf die Minute genau geh.,
Marko Jungmann, Drossel od. Schweizer, keine
anstandslos zurück, wenn nicht gefüllt, gegen
70 M. bei 25 M. Anzahl, dann monat. Raten
von 15 M. ohne Erhebung eines Zuschlages.
Zahlreiche Dankschreiben.

Fritz Neuh, Hartenstr. 204
Uhren, Optik, Grammophone,
Geigen, Zupf- und andere Instrumente.

Ne ganz **Aberlausitzer** Wäschstoffe
neu. kaufen Sie bei M. Bruno Kaiser,
Oberlichtenau Bez. Dresden.
Unschätzliche 3 Stk. Garn. nur 12 Mark - Silberband
aus Elberfeld nur 3 1/2 Mark - Protekte gratis!

Richard Seidel Die Gewerkschaften nach dem Kriege

Preis: In Ganzleinen 6.— Mark

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der
Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland seit 1918 dar, be-
leuchtet die allgemeine Lage der Bewegung, wie sie sich infolge der
revolutionären Ereignisse gestaltet hat, und erörtert in einer Reihe von
Abhandlungen die infolge der Veränderung der allgemeinen Situation
für die Gewerkschaften aufgetauchten Probleme und Aufgaben im ein-
zelnen. Der Verfasser steht im praktischen Leben der Bewegung und
gründet seine Darstellung auf die intime Kenntnis der Tatsachen,
die sich aus einer unmittelbaren Teilnahme an der Bewegung ergibt.

Zu beziehen durch die

Abteilung Bücher und Schriften

Berlin SO 23, Schlesische Straße 42

Was sich jeder wünscht!



Die mollige Ecke
im eigenen Heim
kann sich heute
dank meinem

Teillzahlungssystem
auch der bescheidensten
Haushalt leisten



Besondere ohne Anzahlung / billige Raten / Anwerfungs-Stunde zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel

Verlangen Sie Produktkatalog D oder Vertreterbesuch
Anstellungsgründe, ohne Kaufzwang, geöffn. 9-7 Uhr

DEUTSCHE HEIMKUNST

Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikation,
Berlin, Ansenstr. 241, u. d. Alton Jakobstraße n. Tel.: Meritzpl. 4662

Qualitäts - Instrumente aller Art

Schallplatten
Reichste
Auswahl

Katalog
gratis



Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Markt 12.

MÖBEL auf Teil- zahlung

**Schlaf-, Herren-
u. Speisezimmer**

Küchen, Klaviermöbel, Einzelmöbel
in gediegener Qualität, noch billig

M. Reiser, Berlin, in Berlin: Lederer
Str. 67 / in Potsd.:
Friedrichstr. 116, 118.

Musik in Jedes Haus!



Sprechapparate etc.
geg. kleine Anzahlung,
kleine Raten. Große
Illustr. Katalog frei.
F. Goetschik, Köln 111,
Luxemburger Str. 21.

Böhmische Bettfedern

vollfertig, von 9 Pfund
Versand portofrei geg.
Nachn. 1 Pfd. halbweiße
Mk. 2.— 2.50, feinstweiße
Mk. 3.50, 4.50,
Flaumrupf 5.— Spezial-
6.50, Daun. 7.50, 8.—, 10.50.

Muster und ausführliche Preisliste über
gebrauchstüchtige Betten unsonst.
Joh. Göttsch's Buchh., Dam 200 (Bayreuth, Wald)
Umtausch gestattet oder Geld retour.

Gummil Saug. etc. hyg.
Art. Preis. send. gratis.
diskr. Versand. Pharm.
hyg. Industrie Medicin,
berl. 11 54, Varnumstr. 23 b

Sprechapparate
sowie alle
Musik-
Instrumente
Versand
direkt an

C. HUGO MEINER
Musikwaren-Versand
Klingenthal 1. 50, 62.

TARIFLÖHNE

der Beschäftigten im
Organisationsbereich
des Verbandes der
Gemeinde- und Staatsarbeiter
nebst Ausführungsbestimmungen

Preis 1,50 Mk.,
für Verbandsmitglieder 0,50 Mk.

zu beziehen durch die

Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 23, Schlesische Straße 42

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Marktplatz 11 044

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 30 Pf.

Schutzzoll und Gewerkschaften.



Die Verhandlungen über den Schutzzoll im Reichstag sind, wie wir seinerzeit in der „Gewerkschaft“ berichtet haben, Anfang September zum Abschluß gelangt. Damit hört der Kampf natürlich nicht auf! Die Schutzzollmauer schließt sich spätestens am 1. Oktober 1925. Und wenn auch hier und da noch

Hoffnung ist, daß durch besondere Handelsverträge eine Milderung vor sich geht, haben doch im großen und ganzen die deutschnationalen Großagrarier eine reiche Ernte eingeheimst, sowohl auf dem Felde, als mehr noch durch die neu beschlossenen Zölle der reaktionären Mehrheit des jetzigen Reichstages mit ihrer rechtsgerichteten Regierung, der leider auch das Zentrum — trotz seiner Opponenten um Wirth — Gefolgschaft leistet. So steht uns eine Ära des Brotwuchers und der Industriezölle bevor, die den Wirtschaftskampf in Deutschland auch weiterhin gewaltig erschweren wird und den geplanten Preisabbau illusorisch machen muß.

Es mag daran erinnert werden, daß in den Zölkämpfen um 1902 die Basis geschaffen wurde, für einen Getreidezoll von zirka 7,50 Mk. pro Doppelzentner Getreide, der dann durch Handelsverträge auf zirka 5 Mk. herabgesetzt worden ist. Nach Abschluß des Krieges wurde in Artikel 264 bis 268 des Versailler Friedensvertrages festgesetzt, daß Ententestaaten für fünf Jahre keine höheren Zollgebühren zu zahlen haben als irgendein anderes Land. Diese Frist war aber am 1. Januar 1925 abgelaufen und nach den Beratungen und der Annahme des Dawes-Gutachtens beeilte sich das Ministerium Marx-Stresemann, im August 1924 zunächst eine kleine Zollvorlage vorzuschlagen. Vierhundert Sachverständige im Reichswirtschaftsrat gaben mit Mehrheit ein Gutachten hierfür ab und damit waren Richtlinien für die neue Zollvorlage geschaffen, die nun durch den vereinigten Ansturm aller rechtsgerichteten Politiker weiter im Sinne verstärkter Zölle festgelegt worden sind.

Gewiß ist die gesamte Weltwirtschaft nach Abschluß des Weltkrieges wesentlich nationaler eingestellt. Insbesondere

haben die neugeschaffenen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien sich stark abgegrenzt und versucht, hohe Zollsätze für ihre Handelsverträge mit Deutschland festzulegen. Ähnlich so haben die „Sieger“-Länder Frankreich, Belgien und Italien eine Schutzzollmauer aufgebaut, und selbst das früher grundsätzlich freihändlerische England hat unter Baldwin sich den Schutzzöllnern verschrieben.

So darf es nicht wunder nehmen, daß auch in Deutschland die nationalistischen Kreise alles daran gewandt haben, um zunächst den Getreidezoll in entsprechender Höhe durchzusetzen, während bezüglich des Industriezolles längere Zeit eine Differenz bestand zwischen den Rohstoffherzeugern (Kohle, Eisen und Stahl) und den Fertigfabrikanten (Handwerk, Textilindustrie usw.). Aber man hat sich „verständigt“, und die Masse der Konsumenten wird sowohl den Getreidezoll in Form einer Brotverteuerung als auch den Industriezoll in Form verteuerter Waren aller Art bezahlen müssen.

Im Jahre 1913 ist durch sorgfältige Statistiken einwandfrei festgestellt worden, daß die durch Handelsverträge festgesetzte Steuer von 5 Mk. pro Tonne (20 Zentner) Roggen sich voll ausgewirkt hat, indem auch die Inlandbauern den Weltmarktpreis plus Zoll plus Transport fordern konnten, so daß zum Beispiel die Tonne Roggen in New York 109 Mk. und in Berlin 164,30 Mk. kostete. Daraus ergab sich naturgemäß, daß der Bodenwert entsprechend stieg, Verzinsung und Schuldenwirtschaft sich erhöhten, bis die Inflation dieses Joch von der deutschen Landwirtschaft genommen hat. Damals schon wurden wesentlich erhöhte Einnahmen für die Agrarier auf Kosten der Allgemeinheit des Volkes geschaffen. Vor allen Dingen aber waren die Großagrarier die Hauptbeteiligten; denn der Kleinbauer muß womöglich selber Korn kaufen, und der Mittelbauer hat vorwiegend Viehzucht, so daß auch bei ihm die Getreidepreise nicht so stark in Betracht kommen. Wenn man trotzdem von einer Krise in der Landwirtschaft in den letzten Monaten gesprochen hat, so dreht es sich hauptsächlich darum, daß die Konsumkraft der Masse in Deutschland so heruntergekommen ist, daß der Verkauf des

Die Stadt

von Walter Gofsch.

Der Brückenweg zu ihr ist ein steinerner Traum:
zeitlos und doch wieder Zeit und Raum.

Wenn der sahle Himmel wogt wie das Meer,
bleibt sie doch Stadt — sie stirbt nicht mehr.

Wohl ist ihr Herz vergast vom scharfen Rauch.
Ihr Fleisch ist aus Asphalt, ihr Gott ist es auch.

Ihr Wind schmeckt nach metallenen Tieren;
aus den Ecken riecht es nach schlechten Dieren.

Aber trotz Geruch und Stahl, lehrt sie uns beten!
Wenn wir beruht den feurigen Abend betreten,

feierlich aufgetan, doch milde, belegt mit Staub,
umfärbt sie uns wie eine Kapelle mit Del und Laub.

Sie segnet uns und ist schon ein göttlicher Stern.
Aus tausend Hämmern geschlagen, so hab' ich sie gern!

Die Nacht schläft auch in ihren Fahnen nicht:
immer ist Tag und Werk, immer ist Arbeit und Licht.

Ein Kuchen nach
Dr. Oetker's Rezepten

gebacken, wird Sie in jeder
Hinsicht zufriedenstellen
Bitte versuchen Sie

Schokoladenkuchen

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann
jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.



Zutaten:

- | | |
|---|-------------------|
| 1/2 Pf. Butter | 4 Eier |
| 850 g Zucker | 1 Pfd. Weizenmehl |
| 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker | |
| 1 Päckchen Dr. Oetker's „Backin“ | |
| 3 Eßlöffel voll Kakao | |
| 1 kleine Tasse Milch oder Rahm. | |

Zubereitung: Die Butter rühre zu Sahne, gib 1/2 Pfd. dieses mit dem Backin gemischt, Milch daran und zuletzt den Schnee der 4 Eierweiß — Teile die Masse, nimm unter die eine Hälfte den Kakao und den Rest des Zuckers, fülle den Teig abwechselnd in die gefettete Form und backe den Kuchen 1 bis 1 1/2 Stunden.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos
in den Geschäften, wenn vergriffen, gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Betten non prima diottem Köper.

Langjährige Erfahrung, Katalog und Proben mit über 50 verschiedenen Preisen frei Haus oder Feld versch. Versand nach Österreich, Belgien etc. 2,25, 1,40, 1,10, 1,00, 0,90, 0,80, 0,70, 0,60, 0,50, 0,40, 0,30, 0,20, 0,10, 0,05, 0,02, 0,01

Stuhl	12,00	10,00	8,00	6,00	4,00
Bett	25,00	20,00	15,00	10,00	5,00
Kissen mit 6 Federn	8,50	12,00	14,00	16,00	17,00
1/2 Schl. Bett zusammen	4,50	6,00	8,00	10,00	12,00

2 Schl. extra 10 % mehr, bessere Betten bis 100.
Bettfederngroßhandlung
W. Böttner, G. m. b. H., Werl i. W. 72.

Als Abgeber der Spezialgeschäft für Uhren gegründet, biete an:
14 Kar. vergold. Sprungdeckeluhren
10 Jahr. Garantie, auf die Minute genau geh., Marke Junghans, Drusus od. Schweizer, nehme anstandslos zurück, wenn nicht gefällt, gegen 70 M. bei 25 M. Anzahl, dann monatl. Raten von 15 M. ohne Erhebung eines Zuschlages.
Zahlreiche Dankeschreiben.
Fritz Heut, Hartenackerstr., Bahnhöf. 294
Uhren, Optik, Grammophon, Gelbes, Zapf- und andere Instrumente.
We geben **Aberlausitzer** Wäschstoffe usw. kaufen Sie bei M. Bruno Kaiser, Oberlichtenau Bez. Dresden.
Lieschewitzsche Str. 10, am 13. Markt - immerbestand am Kippenabend nur 2 1/2, Mark - Probe gratis!

Richard Seidel
Die Gewerkschaften nach dem Kriege

Preis: In Ganzleinen 6.— Mark

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland seit 1918 dar, beleuchtet die allgemeine Lage der Bewegung, wie sie sich infolge der revolutionären Ereignisse gestaltet hat, und erörtert in einer Reihe von Abhandlungen die infolge der Veränderung der allgemeinen Situation für die Gewerkschaften aufgetauchten Probleme und Aufgaben im einzelnen. Der Verfasser steht im praktischen Leben der Bewegung und gründet seine Darstellung auf die intime Kenntnis der Tatsachen, die sich aus einer unmittelbaren Teilnahme an der Bewegung ergibt.

Zu beziehen durch die
Abteilung Bücher und Schriften
Berlin SO 33, Schloßstraße 42

Was sich jeder wünscht!

Die mollige Ecke im eigenen Heim kann sich heutzutage dank meinem **Teilzahlungssystem** auch der bescheidensten Haushalt leisten.

Besteht ohne Anzahlung / Mäßige Raten / Anwärter 3 Tage zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel

Verlangen Sie Prospektbogen D oder Vertreterbesuch
Anschaffungsplan, ohne Anzahlung, gelte 9-1 Uhr
DEUTSCHE HEIMKUNST
Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikation,
Berlin, Anckenstr. 24, u. d. Alton Jakobstraße u. Tel.: Moritzpl. 4663

Qualitäts-Instrumente
aller Art

Schallplatten
Reichste Auswahl
Katalog gratis

Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Markt 12

MÖBEL auf Teilzahlung

Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Küchen, Klappstühle, Einzelmöbel
in gedogener Qualität, meist billig
M. Reiser, Berlin im Radio: Ledirger, Radio 67 / im Film: Friedrichstr. 130.

Musik in jedes Haus!

Sprechapparate etc. geg. kleine Anzahl, kleine Raten. Große illust. Katalog frei. P. Göttsche, Köpenick 119, Luxemburger Str. 81.

Böhmische Bettfedern
füllfertig, von 9 Pfund Versand portofrei geg. Nachn. 1 Pfd. halbwaise Nr. 2— 2,50, Baumwolle weisse Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Gummi Saug etc. hyg. Art. Preis send. gratis, disk. Versand. Pharm. hyg. Industrie Medicin, Berlin 14, Hermannstr. 25.

Sprechapparate sowie alle Musik-Instrumente. Versand direkt an Private. Katalog gratis. **C. HUGO MEINEL** Musikwaren-Versand, Klingenthal i. S., 62.

TARIFLÖHNE
der Beschäftigten im Organisationsbereich des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter
nebst Ausführungsbestimmungen

Preis 1,50 Mk., für Verbandsmitglieder 0,50 Mk.
zu beziehen durch die
Abteilung Bücher und Schriften
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Berlin SO 33, Schloßstraße 42

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Morkoplaz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Schutzzoll und Gewerkschaften.



Die Verhandlungen über den Schutzzoll im Reichstag sind, wie wir seinerzeit in der „Gewerkschaft“ berichtet haben, Anfang September zum Abschluß gelangt. Damit hört der Kampf natürlich nicht auf! Die Schutzzollmauer schließt sich spätestens am 1. Oktober 1925. Und wenn auch hier und da noch Hoffnung ist, daß durch besondere Handelsverträge eine Milderung vor sich geht, haben doch im großen und ganzen die deutschnationalen Großagrarier eine reiche Ernte eingeheimst, sowohl auf dem Felde, als mehr noch durch die neu beschlossenen Zölle der reaktionären Mehrheit des jetzigen Reichstages mit ihrer rechtsgerichteten Regierung, der leider auch das Zentrum — trotz seiner Opponenten um Wirth — Gefolgschaft leistet. So steht uns eine Ära des Brotwunders und der Industriezölle bevor, die den Wirtschaftskampf in Deutschland auch weiterhin gewaltig erschweren wird und den geplanten Preisabbau illusorisch machen muß.

Es mag daran erinnert werden, daß in den Zölkämpfen um 1902 die Basis geschaffen wurde, für einen Getreidezoll von zirka 7,50 Mk. pro Doppelzentner Getreide, der dann durch Handelsverträge auf zirka 5 Mk. herabgesetzt worden ist. Nach Abschluß des Krieges wurde in Artikel 264 bis 268 des Versailler Friedensvertrages festgesetzt, daß Ententestaaten für fünf Jahre keine höheren Zollgebühren zu zahlen haben als irgendein anderes Land. Diese Frist war aber am 1. Januar 1925 abgelaufen und nach den Beratungen und der Annahme des Dawes-Gutachtens beeilte sich das Ministerium Marx-Stresemann, im August 1924 zunächst eine kleine Zollvorlage vorzuschlagen. Vierhundert Sachverständige im Reichswirtschaftsrat gaben mit Mehrheit ein Gutachten hierfür ab und damit waren Richtlinien für die neue Zollvorlage geschaffen, die nun durch den vereinigten Ansturm aller rechtsgerichteten Politiker weiter im Sinne verstärkter Zölle festgelegt worden sind.

Gewiß ist die gesamte Weltwirtschaft nach Abschluß des Weltkrieges wesentlich nationaler eingestellt. Insbesondere

haben die neugeschaffenen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien sich stark abgegrenzt und versucht, hohe Zollsätze für ihre Handelsverträge mit Deutschland festzulegen. Ähnlich so haben die „Sieger“-Länder Frankreich, Belgien und Italien eine Schutzzollmauer aufgebaut, und selbst das früher grundsätzlich freihändlerische England hat unter Baldwin sich den Schutzzöllnern verschrieben.

So darf es nicht wunder nehmen, daß auch in Deutschland die nationalistischen Kreise alles daran gewandt haben, um zunächst den Getreidezoll in entsprechender Höhe durchzusetzen, während bezüglich des Industriezölles längere Zeit eine Differenz bestand zwischen den Rohstoffherzeugern (Kohle, Eisen und Stahl) und den Fertigfabrikanten (Handwerk, Textilindustrie usw.). Aber man hat sich „verständigt“, und die Masse der Konsumenten wird sowohl den Getreidezoll in Form einer Broterteuerung als auch den Industriezoll in Form verteuerter Waren aller Art bezahlen müssen.

Im Jahre 1913 ist durch sorgfältige Statistiken einwandfrei festgestellt worden, daß die durch Handelsverträge festgesetzte Steuer von 5 Mk. pro Tonne (20 Zentner) Roggen sich voll ausgewirkt hat, indem auch die Inlandbauern den Weltmarktpreis plus Zoll plus Transport fordern konnten, so daß zum Beispiel die Tonne Roggen in New York 109 Mk. und in Berlin 164,30 Mk. kostete. Daraus ergab sich naturgemäß, daß der Bodenwert entsprechend stieg, Verzinsung und Schuldenwirtschaft sich erhöhten, bis die Inflation dieses Joch von der deutschen Landwirtschaft genommen hat. Damals schon wurden wesentlich erhöhte Einnahmen für die Agrarier auf Kosten der Allgemeinheit des Volkes geschaffen. Vor allen Dingen aber waren die Großagrarier die Hauptbeteiligten; denn der Kleinbauer muß womöglich selber Korn kaufen, und der Mittelbauer hat vorwiegend Viehzucht, so daß auch bei ihm die Getreidepreise nicht so stark in Betracht kommen. Wenn man trotzdem von einer Krise in der Landwirtschaft in den letzten Monaten gesprochen hat, so dreht es sich hauptsächlich darum, daß die Konsumkraft der Masse in Deutschland so heruntergekommen ist, daß der Verkauf des

Die Stadt

von Walter Gersch.

Der Brückenweg zu ihr ist ein steinerner Traum:
zeitlos und doch wieder Zeit und Raum.
Wenn der sahle Himmel wogt wie das Meer,
bleibt sie doch Stadt — sie stirbt nicht mehr.
Wohlt ihr Herz vergast vom scharfen Rauch.
Ihr Fleisch ist aus Asphalt, ihr Gott ist es auch.
Ihr Wind schmeckt nach metallenen Tieren;
aus den Ecken riecht es nach schlechten Dieren.
Aber trotz Geruch und Stahl, lehrt sie uns beten!
Wenn wir beruht den feurigen Abend betreten,
feierlich aufgetan, doch mde, belegt mit Staub,
umfäht sie uns wie eine Kapelle mit Oel und Laub.
Sie segnet uns und ist schon ein göttlicher Stern.
Aus tausend Hämmer geschlagen, so hab' ich sie gern!
Die Nacht schläft auch in ihren Fahnen nicht:
immer ist Tag und Werk, immer ist Arbeit und Licht.

Getreides nicht immer rechtzeitig vorstatten ging. Man kann also viel eher von einer Krise der großen Masse der Verbraucher sprechen.

Auch bei den Industriezweigen sehen die Dinge ganz ähnlich aus. Eisen ist der wichtigste Rohstoff für fast alle Arten von Industrieerzeugnissen, Baustoffen usw. Wir hatten vor dem Kriege in Deutschland ein Drittel der Weltproduktion an Eisen!

Die Unternehmer haben nun nach langen Verhandlungen mit der Fertigungsindustrie usw. einen Eisenzoll pro Tonne von 15 bis 37,50 Mk. gefordert und die unausbleibliche preissteigernde Wirkung muß sich naturgemäß durch weitere stärkere Dämpfung der Wirtschaft bemerkbar machen. Auch hier wirkt sich der Schutzoll als härteste Begünstigung der Großproduzenten und Kartelle aus. Schwereste Schädigung der Massenkonumenten, aber auch des Kleinhandwerts usw. ist die Folge. Der viel besprochene Preisabbau ab 1. Oktober bleibt **Jaka Morgana**, wenn so gewirtschaftet wird.

Auch die Nationalisierung der Volkswirtschaft kann nur in verlangsamtem Tempo erfolgen, wenn durch hohe Zölle die Industrie in der Lage ist, mit ihrem alten Wirtschaftssystem weiter zu wursteln. Die schlimmsten Bedenken sind aber vor allem Dinge, daß neue Handelsverträge überaus schwer zu erzielen sind, und daß wir an Stelle der alten Volkswirtschaft eine nationale Wirtschaft bekommen, in deren Folge wir dauernder Kriegsgefahr ausgesetzt sind.

Deshalb haben sowohl der ADGB, als auch die SPD. in planmäßiger Abwehr im Parlament und durch besondere Schreiben und Vorstellungen bei der Regierung seit November 1924 darauf hingewirkt, daß die Schutzollpolitik sich nicht durchsetzen möge. Infolge des Ausganges der Dezemberwahlen und der Zusammensetzung unseres Reichstags war nicht zu verhindern, trotz all der Argumente der Arbeiterparteien, die neue Schutzollmauer aufzurichten. Die Folgen werden sich sehr schnell auswirken.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß zwischen den deutschen und den französischen Eisenkartellen zwar Vereinbarungen zustande gekommen sind, die für diese Teile eine wesentliche Milderung bedeuten. Es kann aber als feststehend angenommen werden, daß trotzdem die Konsumenten und die Fertigungsindustrie nach wie vor höchste Preise bezahlen müssen, da solche Kartellverträge in der Regel **Monopolpreise** im Gefolge haben.

Ganz bedenklich sehen die Dinge auf dem Gebiete der Ernährungspolitik aus. Deutschland ist nun einmal auf das Ausland angewiesen; nach dem Versailler Friedensvertrag sogar in verstärktem Maße. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Handelsverträge mit den großen Agrarländern zu schließen, um genügend Nahrungsmittel hereinzubekommen. Wenn wir uns aber mit einer Schutzollmauer umgeben, werden diese Handelsverträge überaus schwer abzuschließen sein, wie die letzten Verhandlungen bereits bewiesen haben. Alle diese Gründe müssen dazu führen, daß die gesamte Wirtschaftspolitik des Staates unter der neuen Schutzollmauer wesentlich leidet.

Die für den 1. Oktober 1925 vorgesehene Wiedereinführung des sogenannten Einfuhrscheines ist die natürliche Ergänzung der Wiedereinführung der Agrarzölle. Schon vor dem Kriege war der Einfuhrschein heiß umstritten. Er gestattete dem deutschen Landwirt die Ausführung deutschen Getreides, wenn auch als Folge der deutschen Agrarzölle der ausländische Getreidepreis niedriger war als der deutsche Getreidepreis. Die Ausfuhr wurde eben dadurch möglich, daß dem deutschen Agrarier bei Ausfuhr von Getreide der Zoll in Form eines Einfuhrscheines vergütet wurde. Auf Grund des Einfuhrscheines konnte der Landwirt gleiche Mengen von Getreide zollfrei einführen. Da aber die Einfuhr von anderen Waren auf Grund dieses Scheines auch möglich war, wurde dieser Einfuhrschein verkauft und an den Börsen wie

bares Geld gehandelt. So wurde der Einfuhrschein nichts anderes als eine Liebesgabe der Regierung an die Großlandwirtschaft. Andererseits wurde aber durch die begünstigte Ausfuhr von deutschem Getreide der Bestand an Getreide in Deutschland immer knapp gehalten, worauf ohne Zweifel die sehr hohen Vorkriegsgetreidepreise in Deutschland zurückzuführen sind.

Dieselben Zusammenhänge werden nach Wiedereinführung des Einfuhrscheines ab 1. Oktober 1925 zutage treten. Man kann sagen, daß der ganze Agrarzoll für den deutschen Agrarier ohne Einfuhrschein gar keinen Zweck hat. Erst mit Hilfe des Einfuhrscheines wird er in der Lage sein, den Getreidezoll voll ausschöpfen zu können. Augenblicklich zeigen die Getreidepreise in Deutschland fallende Tendenz. Das entspricht der Markt- und Preislage auf dem Weltmarkt. Es ist aber heute schon vorauszu sehen, daß die deutsche Landwirtschaft große Teile der Ernte zu billigstem Preise auf dem Weltmarkt werfen wird. Handhabe dazu bietet der Einfuhrschein. Der Erfolg wird sein, daß das deutsche Volk die verschleuderte Ernte später zurückkaufen muß. Es bezahlt dann neben der Liebesgabe an die Großlandwirtschaft noch den durch Zoll erhöhten teureren Weltmarktpreis. Das nennt die Regierung Verbilligungspolitik. Interessant ist nur, daß der Einfuhrschein, der ein sehr großer Verteuerungsfaktor ist, an demselben 1. Oktober in Kraft treten wird, für den der Reichskanzler Dr. Luther seine Verbilligungspolitik vorausgesetzt hat.

Für unsere Kollegen ergibt sich aus diesen Tatsachen die notwendige Konsequenz, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich verbessern, und daß wir nicht zum Paria in der europäischen Volkswirtschaft herabsinken. Das kann uns nur gelingen, wenn wir unsere wirtschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaften, so stärken, daß wir in der Lage sind, mit vereinter Kraft für eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Gehälter einzutreten. **E. D.**

Kultur als Bereidung der Bedürfnisse

Kann ja doch nur da entstehen, wo neben der Kulturfähigkeit eines Volkes geringe Sorgen um die Existenz bestehen, wo Wohlhabenheit herrscht. Wo aber der Kampf um das nackte Leben Bölder bedrückt, da gibt es keine Kulturentwicklung in der Masse, da beginnt die vorhandene Kultur zu ertrinken da lebt kein vorbildendes Bildungsbestreben in den hungernden Menschen. In dieser Lage befinden sich heute die meisten arbeitenden Klassen, allen voran und am härtesten gefährdet das deutsche Arbeitsvolk.

Suchen wir die Ursachen dieser Tatsache zu ergründen, so treffen wir auf zwei Dinge: auf den scharfen Individualismus, der alle alten Lebensgemeinschaften zerstört, und auf den Geldwahn, der das Leben vollständig materialisiert hat. Gewissenloses profitierendes Kassen ist Schritt für Schritt in dieser Entwicklung an die Stelle ehrlicher Schaffens getreten und hat uns in die Lage gebracht, daß Millionen Volksgenossen für das Kapital ihrer Arbeitskraft nicht mehr ihr Auskommen finden, daß sie ohne Lebensgarantie der Ausbeutung, dem Kapital ausgeliefert sind. Wenn wir nachforschen, woher es kommt, daß die Menschen früher gesünder und sorgenfreier lebten als heute, so finden wir darin die Ursache, daß die Lebensmittel, von unseren Vorfahren als Gottesgabe empfunden, heute ein Spekulationsobjekt geworden sind; daß sie zusammengekauft, verschoben, aufgehäuft werden und nach künstlich erzeugter „Luftüber-Not“ zu Überpreisen an die Hungernden verkauft werden. So sind wir zu dem unnatürlichen, verbrüderlichen Zustande gekommen, daß ein Kapitalist über die Ernte der Welt verfügt und, geliebt von Gewinnler und politischer Berechnung, den Bölkern das Brot vorenthält und sie hungern läßt.

Darum rufe ich allen Kollegen zu, denen am Wohl ihrer Familien und an ihrem eigenen Leben liegt: kommt zu den Bildungsvereinigungen der Filialen, besucht Versammlungen, laßt euch die „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung“, habt Interesse an eurem Verbände, da lernt ihr euch auch innerlich kennen. Seht vor allen Dingen eure Verbände, die „Gewerkschaft“, da steht so manches drin, was manchem Kollegen zugute kommen wird. In diesem Sinne wollen wir alle miteinander wirken.

Philipp Rosenberger, Rärnberg.

Lohnbewegung im Rhein-Mainischen Bezirksverband.



Schon mancher scharfe Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung unserer Kollegen und Kolleginnen mußte auch in diesem Bezirksverband geführt werden. Jedoch die letzte Lohnbewegung trug den Stempel der Ungläublichkeit der gesamten Lohnpolitik an der Stirne. Auf politischem Gebiet die Verabschiedung der Zollvorlage, mit der Wirkung, daß der Brotkornwert, und das ist immer der Arbeiter, den größten Anteil dieser Steuer aufzubringen hat. Das Unglaubliche wird zur Tatsache, je größer die Arbeiterfamilie, die insolge der Kirmut auf den Brotverbranch angewiesen ist, desto mehr Brotsteuer muß sie zahlen. Die Regierung mußte sich darüber klar sein, und um auch etwas zu tun, stellte sie einen „Preisabbau“ in Aussicht. Die Arbeiterschaft konnte nicht anders als dies als eine Verzögerung anzusehen.

Die Lohnregelungen des Reichs gegenüber den Reichsarbeitern, sowie der Reichsbahn u. a. gegenüber den Betriebsarbeitern schlug dem Faß den Boden aus, die Arbeiterschaft mußte, wohin der Kurs gehen sollte. Deshalb waren schon bei Aufstellung unserer Forderung im Rhein-Main-Bezirk die Verhandlungen kurz befristet, die Kollegen ließen es auch an Drücklichkeit in der Aussprache nicht fehlen. Es wurde eine Forderung von 80 Pfennig pro Stunde für den ungelernen Arbeiter aufgestellt.

Bei der ersten Verhandlung am 28. August beantragten die Arbeitgeber Vertagung um 4 Wochen. Es war klar, daß die Arbeitnehmer dem nicht zustimmen konnten, und so wurde die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle übertragen.

Am 31. August wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, der besagt, daß mit Wirkung vom 20. August 1925 folgende Spitzensätze zu gelten haben:

Handwerker in Ortsgruppe I	87 Pf.
Ungelernte Arbeiter in Ortsgruppe I	79 „
Ungelernte Arbeiter in Ortsgruppe I	71 „
Gelernte Arbeiter in Ortsgruppe I	65 „
Ungelernte Arbeiterin in Ortsgruppe I	60 „
Ungelernte Arbeiterin in Ortsgruppe I	54 „

Hausstands- und Kinderzulage wurde bei 3 Pf. belassen. Diese Regelung sollte gelten bis zum 28. November 1925. Obwohl die

Kommission glaubte unter dem Druck der Verhältnisse ihre Zustimmung nicht versagen zu können, entschied die Mitgliedschaft anders und lehnte auch diesen Schiedsspruch als ungenügend ab. Nach die Arbeitgeber lehnten ab, weil ihnen die Zulage „zu hoch“ erschien. Die darauf vorgenommene Urabstimmung, die zugleich den Streik bedeutete, ergab eine Mehrheit von 85 Proz. für den Streik.

Mittlerweile wurde der Reichsarbeitsminister angerufen und das Reichsarbeitsministerium bestellte Herrn Gewerkeamt Schilling als Schlichter. Dieser setzte einen Verhandlungstermin auf den 16. September an, aber die Arbeiterschaft hatte beschlossen, schon an diesem Tage in den Streik zu treten.

Daraufhin wurden schon am Tage vorher, am 15. September, Einigungsverhandlungen geführt, mit dem Erfolg, daß, auf oben genannte männliche Löhne noch ein Pfennig hinzukam, für Frankfurt und Offenbach jedoch 2 Pf. mehr. Dies Resultat wurde noch 11 Uhr erzielt, so daß eine Denunziation der Städte nicht erfolgen konnte.

Zufolge dessen trat der größte Teil der Städte ammittags für kurze Dauer in den Streik. Selbst im besetzten Gebiete, wo Rücksicht auf die Besatzungsbehörde genommen werden mußte, war ein einheitliches Handeln zu verzeichnen. Geschlossen lagte die Arbeiterschaft die Arbeit nieder in den Städten Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Worms, Höchst und Siegen.

Dadurch wurde dem Arbeitgeberverband gezeigt, daß eine Herabsetzung der von der Schiedsstelle festgesetzten Sätze unmöglich war. Zur Freude der Arbeiterschaft konnten wir feststellen, daß dies nicht nur abgewehrt war, sondern daß auch noch eine kleine Erhöhung eingetreten ist. Damit kann nicht gesagt sein, daß die Löhne nun ausreichend wären. Das Gegenteil ist der Fall, auch diese Löhne sind nicht den Verhältnissen entsprechend.

Die Arbeiterschaft kann die Lehre daraus ziehen, daß nur durch geschlossenes Handeln etwas erreicht werden kann. Für die Arbeitgeber dürfte es aber eine Warnung im dem Sinne sein, die unglückselige Lohnpolitik des Reiches nicht mitzumachen, sondern ihren Arbeitern das zu geben, was notwendig ist. Was bei den Beamten geht, muß bei den Arbeitern auch möglich sein. Schm.

Staat und Gesellschaft.

II. (Schluß.)

Alle staatliche Handlungen sind Handlungen von Menschen, die aus allen Klassen stammen können (mit allen Fehlern und Mängeln der Menschen). Diese stehen wiederum in gesellschaftlichen Beziehungen zu ihren Klassen, nach denen sie ihr Handeln einstellen, das aber nicht subjektives Wohlwollen sein braucht. Das subjektive Wohlwollen ist aber durchaus keine Boshheit und es wäre unmarxistisch, dies anzunehmen. Staatliche Organe sind gesellschaftlich verankert. Alle Urteile und Vorurteile bringt der als Organ fungierende mit, die deshalb nicht immer politischer Natur zu sein brauchen. Jedes menschliche Denken ist immer gesellschaftlich verbunden. Es besteht aber in allen Schichten das unerbittliche Streben, sich von den mitgebrachten Schläden freizumachen, d. h. bis zu einem gewissen Grade. Daß dieses heute notwendig ist, beweist die Rechtsprechung in politischen Prozessen. Es kommt auf die Güte einer Verfassung nicht so sehr an, als auf die Organe, die mit der Durchführung der Verfassung beauftragt sind.

Jedes Gebot oder Verbot generalisiert verschiedene Handlungen und bringt sie auf einen gemeinsamen Nenner. Um die Willkür auszuschalten, müssen alle Organe bis zum Reichspräsidenten an bestimmte Normen gebunden sein. Der Rechtsstaat bindet also alle seine Organe an das Recht. Zu allen Zeiten aber wird es Vorgänge geben, wo die Organe nicht an die Normen gebunden sein können (Brand, Erdbeben, Revolution usw.). Das Bestreben aber muß dahin gehen, diesen Zustand soweit als möglich zurückzuführen. Man muß nicht nur den gesunden, sondern auch den krankhaften Zustand des Staates kennen. Der Ausnahmezustand hebt zwar einen Teil der Verfassung auf, aber nur, um die Gesamtverfassung zu schützen (wenigstens soll er das).

Die Parteien sind Kampfbünde, die die Massen organisieren, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Massen an sich sind vollkommen unorganisierte Massen. Sie kennen keine ungenannten Normen, nach denen sich die Massen richten könnten, da ihnen die Führer fehlen. Um die Massen verhandlungsfähig zu gestalten, müssen sie organisiert werden und sich Organe schaffen. Dadurch bilden sich die Parteien, die dann vermittels ihrer Organe

(Führer) insoweit sich, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Parteien aber kennt man in Deutschland erst seit dem 19. Jahrhundert. Sie entwickelten sich nach dem Zusammenbruch der Gewerkschaften. Letztere finden wir im Mittelalter. Sie gruppierten sich in 4 Stände und zwar: 1. Klerus, 2. Adel, 3. Bürger und 4. Bauern. Diese besaßen dann die Reichs- und Städtetage, die aber nicht auf demokratischer Grundlage beruhten. Als im 17. Jahrhundert der Absolutismus aufkam, wurden die Stände von dem absoluten Herrschern, die sich sitzende Heere hielten, nach und nach völlig entrechtet. Aus dem politischen Adel wurde ein Hofadel, der im politischen Leben nichts zu sagen hatte. Der König wurde vom obersten Stand, dem Kurfürstenstand, gewählt (Wahlkönigtum). Selang es nun einem solchen Adel wurde ein Hofadel, der im politischen Leben nichts zu sagen hatte. Der König wurde vom obersten Stand, dem Kurfürstenstand, gewählt (Wahlkönigtum). Selang es nun einem solchen Adel wurde ein Hofadel, der im politischen Leben nichts zu sagen hatte. Der König wurde vom obersten Stand, dem Kurfürstenstand, gewählt (Wahlkönigtum).

Die Parteien scheiden sich in zwei Formen: 1. Welt- oder Gesellschaftsansichtungs-Parteien, die gewisse Glaubensanschauungen der Gesellschaft und Dauerprogramme haben. Typisch dafür sind die deutschen, französischen und englischen Parteien. In ihnen sind dauernde wirtschaftspolitische, soziale Gegensätze vorhanden. — 2. Kampfparteien. Diesen ist nur die Erringung der Macht im Sinne maßgebend. Wir finden sie bei den amerikanischen Parteien, die sich in Demokraten und Republikaner scheiden. Sie stellen nur Konstellationsprogramme auf und kennen keine Dauerprogramme.

Alle Selbstentfaltung hat Selbsterhaltung zur Voraussetzung. Nach Marx hat die Idee ihre eigene Wirklichkeit, jedoch bleibt die Wirklichkeit der begrenzende Faktor. So sagt z. B. Schiller: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht“. Die Idee wird in vielen Fällen den Ausschlag geben und nicht das Materielle. Würde man einem Menschen alles Wohlleben versprechen mit der Bedingung, er solle dabei seinen Verstand verlieren, so würde er bestimmt auf alles Wohlleben verzichten und lieber mit dem Wenigsten vorlieb nehmen. Das Bewußtsein ist das Entscheidende, auf das der Mensch wirkt

keinen Umständen verzichten will. Es zeigt sich also hier, daß der Mensch nicht allein im Materiellen besteht.

Die Freiheit scheidet sich in 3 Gruppen: 1. Natürliche Handlungsfreiheit, 2. Gesellschaftliche Freiheit und 3. die Freiheit zu tun, was man für richtig hält oder innere Freiheit. — Eine absolute Freiheit von der Natur gibt es nicht (Krankheiten). Auch die Technik wird uns nicht völlig von der Natur befreien können. Die Natur beherrscht man nicht, es sei denn, daß man sich ihr unterordnet.

Teile der gesellschaftlichen Freiheit sind die politische und die wirtschaftliche Freiheit. Einzig durch äußere Revolution ist keine innere Freiheit dauernd zu erlangen. Die Freiheit, mitzubestimmen, ist die staatsbürgerliche oder die Freiheit über den Staat. Ihr liegt die demokratische Idee zugrunde. Man kann sie als die Freiheit der Regierenden bezeichnen. — Als zweites ist die Freiheit vom Staat oder die bürgerliche Freiheit, die Freiheit der Person, der die liberale Idee zugrunde liegt, zu erwähnen. Letztere wäre die Freiheit der Regierten. In dieser läge der Schutz vor willkürlichen Eingriffen gegen die Person, während die erstere das Mitbestimmungsrecht über den Staat garantiert. Die bürgerliche Freiheit bedeutet nichts anderes als das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, d. h. frei sein vor Eingriffen nicht gesetzmäßiger Organe. Die liberale Idee darf aber auch nicht in die anarchische übergehen. Der einzelne hat nur soviel Freiheit als der Staat Macht besitzt. Der Kampf der Arbeiterschaft geht nicht gegen den Staat als solchen, sondern nur gegen die Bevorzugung einzelner Gesellschaftsschichten innerhalb des Staates. Mit der Vernichtung des Staates würde man alle Kultur und jede Voraussetzung für den Sozialismus vernichten. Eine Macht wird sich nur so lange behaupten, so lange die Interessen der Unterdrückten durch sie mit wahrgenommen werden. Das gesellschaftliche Leben läßt sich nicht auf abstrakte Formen bringen oder gar in Gesetze kleiden. Die Verwaltung kann nicht nur mit Gesetzen arbeiten, es muß auch ein großer Teil in das freie Ermessen der Organe gestellt werden. Ein Abschaffen des freien Ermessens wäre nicht denkbar. Wie wollte man dann z. B. das Verhalten der Organe bei Naturereignissen wie Feuersbrunst, Erdbeben usw. in Paragraphen kleiden?

Wir erkennen nur die Forderungen an, die wir im Innern als autonom (selbstgeschlich) empfinden. Nur was wir im Innersten empfinden, dem wollen wir folgen. Das innere Gesetz der einzelnen muß aber zugleich auch das Gesetz der Gesellschaft sein, sich mit ihm decken. Nur auf dem Boden guter Voraussetzung ist die Kultur des Sozialismus möglich. Mit hungernden Menschen ist es unmöglich, Kultur oder Sozialismus zu begründen, da jeder auf sein natürliches zurückfällt und nur sein eigenes Ich kennt. Als Richtlinie oder

Maxime könnte man den Satz aufstellen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Der Unterschied zwischen Christentum und Sozialismus ist der, daß ersteres Religion und überirdisch ist, während letzteres Gesellschaftsgestaltung bedeutet. Zwischen Politik und Moral kommt es oft zu Gewissenkonflikten. Es wird jedoch im Leben immer Spannungen und Konflikte geben, die sich nie auflösen lassen. Der Fehler in der Arbeiterschaft liegt darin, daß sie sich den Führer als Funktionär vorstellt, der den Auftrag der Masse unbedingt auszuführen hat. Die Masse an sich ist immer unverantwortlich; nur der Führer ist der Verantwortliche. Der große Mann aber ist der, der ausspricht und tut, was er für richtig hält. (Hegel.) Stellen sich aber dann wirklich Streitigkeiten zwischen Führer und Masse ein, dann ist die entscheidende Frage die: „Für wen spricht die größere Wahrscheinlichkeit, daß er recht hat?“ Diese aber wird dann in den meisten Fällen zugunsten des Führers ausfallen, denn 1. ist er ermächtigt durch die Wahl, 2. ist er ermächtigt durch die größere Voraussicht und 3. ist er ermächtigt durch die Verantwortung, die er trägt.

Das Recht als Führer, sich auch, wenn es ihm notwendig erscheint, gegen die Masse zu stellen, nimmt er daraus, daß er die größere Wahrscheinlichkeit durch die bessere Voraussicht und Ueber-sicht und durch das Verantwortungsgefühl für sich beanspruchen kann. Der Führer muß immer den Versuch machen, der Masse das Ziel als autonomes, nicht als autoritatives zu geben. Der Führer muß aus einer gewissen Instinktsicherheit entscheiden, da er in den meisten Fällen in der Sekunde zu entscheiden hat.

Der Zweck dieser Ausführungen, die allerdings bei weitem nicht die Lehre von Staat und Gesellschaft erschöpfen, soll sein, einmal in möglichst kurzen Strichen auf die Tiefe der Probleme hinzuweisen. Leider findet man in der Literatur auch nicht das, was gerade für die Arbeiterschaft vonnöten wäre. In vielen Fällen wieder fehlt es an Bildungsmöglichkeiten oder aber, was wohl in den meisten Fällen zutrifft, an der dazu notwendigen Energie. Wie will man aber dazu kommen, einmal die heute noch bestehende Gesellschaftsordnung umzustellen, wenn man dasjenige, was man ändern will, nicht einmal kennt. In dankenswerter Weise haben hier schon die Volkshochschulen sich als Bahnbrecher erwiesen. Leider stoßen aber auch sie auf fast ungläubliche Widerstände, die wohl von einem bürgerlichen Volksbildungsminister zu verstehen sind, jedoch niemals von Arbeitern. Das einzige Mittel, die Gesichte vorwärts zu treiben und die kapitalistische Gesellschaftsform in eine sozialistische umzugestalten, ist, daß man sich in erster Linie mit den Dingen beschäftigt und erkennen lernt, wie sie liegen, ehe man sich Zukunftspläne baut. Das sollte der Zweck dieser Ausführungen sein. Rasing.

Unsere Gemeindegewerkschaftsbewegung in der Rheinpfalz.

Der Arbeitgeberverband pfälzischer Gemeinden, der, als er gegründet war, nicht als Reaktionsorgan im wahren Sinne des Wortes bezeichnet werden konnte, gehört heute wohl mit zu denjenigen Bezirksarbeitgeberverbänden, die des Glaubens sind, nach Anweisung der Geschäftsstelle des Reichsarbeitgeberverbandes deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände alles aus- und durchzuführen zu müssen, was zum Nachteil der Arbeiter ist. Noch vor zwei Jahren kannte man derartige Methoden nicht. Nicht ohne Einfluß auf diese Umstellung sind offenbar die in der Pfalz im vergangenen Jahre stattgefundenen Gemeinderatswahlen, die den bürgerlichen Parteien überall eine Mehrheit in den Gemeindeparlamenten gebracht haben. Bei den jetzigen Verhandlungen mit dem Bezirksarbeitgeberverband sieht man anscheinend deshalb auch keine Städtevertreter mehr, die parteipolitisch der SPD. angehören. Nicht nur bei Lohnverhandlungen sind die Vertreter der Arbeitgeber auf ein „Wir-tönnen-nichts-geben“ eingestellt, sondern sie versuchen auch mit allen Mitteln bereits Vereinbarte wieder rückgängig zu machen oder bestehende Bestimmungen so auszulegen, daß sie zuungunsten der Arbeiter lauten. Nämlich: am 9. Mai d. J. hatte die Gauleitung mit dem Bezirksarbeitgeberverband zu § 13 Ziffer 2 des A.M.L. vereinbart:

„Bezirksaufsahereinbarung: An gesetzlichen sowie behördlichen (auch Kommunalbehörden) angeordneten Feiertagen wird, wenn der Arbeiter an diesen Tagen zu arbeiten verpflichtet ist, zu dem Tariflohn ein Zuschlag von 100 Proz. gezahlt.“

Der Streit, der wegen der §§ 13 und 7 des A.M.L. besteht, ist ja allgemein bekannt. Da aber der pfälzische Arbeitgeberverband bei diesem Streit nicht absteilen stehen möchte, schickte er der Gauleitung folgendes Schreiben:

„Beizeit: Zuschlag für Wochenfeiertagsarbeit. Auf Grund der verschiedenen in der Frage der Entlohnung der Wochenfeiertagsarbeit ergangenen Entscheidungen des Zentralausschusses

und auf Grund verschiedener Vorstellungen des Reichsarbeitgeberverbandes sehen wir uns gezwungen mitzuteilen, daß wir nicht in der Lage sind, die Bezirksvereinbarung zu § 13 Ziff. 2 A.M.L. vom 9. Mai 1925, wonach für Wochenfeiertagsarbeit ein Zuschlag von 100 Proz. gewährt werden soll, noch weiterhin zu vollziehen, da diese tarifmäßig und daher rechtsunwirksam ist. § 13 Ziff. 2 A.M.L. 1925 sieht wohl vor, daß ein Zuschlag bis zu 100 Proz. gewährt werden kann, wenn es die örtlichen Verhältnisse im Hinblick auf den „bisherigen Zustand“ bedingen. Da nun aber unter „bisherigem Zustand“ der Zustand vom 31. März d. J. zu verstehen ist und da wir auf Grund des A.M.L. 1924 am 31. März d. J. nur einen Zuschlag von 50 Proz. für Wochenfeiertagsarbeit hatten, dürfen wir auf Grund des A.M.L. 1925 keinen höheren Zuschlag als 50 Proz. gewähren.“

Wir hoffen, daß die unsere Zwangslage verstehen und bereit sind, Ihre Mitgliederkreise von der Unmöglichkeit des Vollzugs der fraglichen Bestimmung in Kenntnis zu setzen.“

Von der Gauleitung bekam der Arbeitgeberverband folgende Antwort:

„Auf Ihr Schreiben vom 25. August d. J. müssen wir erwidern, daß wir die in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gebrachte Auffassung nicht teilen können; vielmehr sind wir der Auffassung, daß die erwähnte Bestimmung in dem abgeschlossenen Bezirksmanteltarifvertrag in jeder Hinsicht zu Recht besteht.“

Sollte in Konsequenz Ihres Schreibens eine Ihrer Mitgliedsstädte dazu übergehen, für geleistete Feiertagsarbeit nur einen Zuschlag von 50 Proz. zu gewähren, müßten wir den Klageweg beschreiten.“

Wir hoffen, daß Sie unsere Zwangslage verstehen und bereit sind, Ihre Mitgliedsstädte von der Unmöglichkeit des Vollzugs Ihres Schreibens in Kenntnis zu setzen.“

Wir wollen nun abwarten, was der Arbeitgeberverband jetzt zu unternehmen gedenkt.

Ein weiteres Beispiel: Am 21. November 1924 haben wir mit demselben Arbeitgeberverband einen Bezirkslohntarif abgeschlossen,

in dem u. a. auf Grund eines Spruchs der Bezirkschiedsstelle folgendes vereinbart wurde:

„Arbeitnehmer, die in regelmäßiger drei- oder zweifacher Wechselschicht arbeiten und bei denen ein Teil der dienstplanmäßigen Arbeitszeit noch in die Zeit zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens fällt, erhalten eine Schichtzulage.“

Der Wortlaut dieser Fassung läßt klar erkennen, daß für eine bzw. zwei volle Schichten die Schichtzulage bezahlt werden muß, wenn auch nur ein Teil der dienstplanmäßigen Arbeitszeit in die Zeit zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens fällt. Bis vor einigen Wochen wurde auch in diesem Sinne die Schichtzulage gezahlt. Doch: „Mit des Geschichtes Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen.“ Einzelne Städtevertreter, mit besonders scharfmacherischen Akküren ausgestattet, lesen aber aus der Bestimmung heraus, daß man nur für die geleistete Arbeitszeit von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr die Schichtzulage zahlen braucht. Da die Meinung unter den Herren selbst auseinanderging — die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes hat an die Mitgliedsstädte ein in unserem Sinn gehaltenes Schreiben herausgegeben —, holt man bei den Unparteiischen, die diese Bestimmung geschaffen haben, ein Gutachten ein. Trotzdem sich die Gutachten widersprochen haben, machte die Geschäftsstelle an die pfälzischen Städte Mitteilung, daß die Schichtzulage nur von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens zu zahlen sei. Zwei Gemeinden haben dieser Anweisung Folge geleistet. Von uns wurde nun von der Bezirkschiedsstelle eine Auslegung dieser Bestimmung beantragt. Die Bezirkschiedsstelle, die mit denselben Unparteiischen beauftragt war, die die bestrittene Bestimmung geschaffen hat, hat u. a. in dieser Streitfrage folgenden Spruch erlassen:

„Biff. III lit. E des Radrtrages zum Reichsmantelarifvertrag vom 21. November 1924 erhält folgende Fassung: Arbeitnehmer, die in regelmäßiger drei- oder zweifacher Wechselschicht arbeiten, erhalten für jede Arbeitsstunde, die in die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fällt, eine Schichtzulage.“

Dieser Spruch ist natürlich keine Auslegung, sondern rechtlich betrachtet die Aufhebung eines Teiles einer Vereinbarung bzw. eines bestehenden Vertrages. Die Herren Unparteiischen haben hiermit nicht nur ihren Standpunkt vom 21. November 1924 geäußert, sondern ein Kuriosum geschaffen, das in sich einen Larifurk darstellt. Da der Zentralausschuß als Berufungsinstanz zurzeit noch nicht tagt, bringen wir auf anderem Wege die Streitfrage zur Entscheidung.

Auch bei der Lohnfrage glaubt der Arbeitgeberverband pfälzischer Gemeinden, sich die Manieren des Arbeitgeberverbandes der pfälzischen Industrie zu eigen machen zu müssen. Denn nur mit großer Mühe konnte der Vorstand des pfälzischen Arbeitgeberverbandes im letzten Jahre an den Verhandlungstisch gebracht werden. Bei der letzten Lohnforderung, die von uns am 30. Juni gestellt wurde, wurde sogar jede Verhandlung abgelehnt. Das Schreiben, in dem uns die Ablehnungsgründe mitgeteilt wurden, entsprach ganz dem Geist eines Synbilds von einem privaten Arbeitgeberverband. Da uns dieses mit reaktionärem Geist sehr stark gewürzte Schreiben natürlich nicht befriedigen konnte, mußten wir die Bezirkschiedsstelle anrufen. Die Schiedsstelle hat auch einen

Schiedspruch erlassen, der in der Spitze eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde vorsah; dafür hat aber dieselbe Schiedsstelle einen weiteren Spruch ergehen lassen, der, wie oben schon gekennzeichnet, eine Verschlechterung der Schichtarbeiter bedeutet. Unsere Lohnkommission hat mit Rücksicht auf das allgemeine Lohnniveau den Schiedspruch in bezug auf die Lohnfrage angenommen, hinsichtlich der Schichtzulage aber selbstverständlich abgelehnt. Die Arbeitgeber erklärten bei nachträglichen Verhandlungen, daß sie den Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle annehmen, wenn wir 1. uns damit einverstanden erklären, daß der so erhöhte Lohn bis 31. Oktober 1925 fest gilt; 2. daß wir uns mit dem Spruch der Schiedsstelle wegen der Schichtzulage abfinden. Dieses Ansinnen mußte unsererseits aus moralischen und tarifrechtlichen Gründen abgelehnt werden. Spätere wiederholte Verhandlungen blieben nutzlos, da die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt verharrten und zum Schluß sogar eine Lohnzulage überhaupt ablehnten. Der Zentralausschuß, der formell schon angerufen war, konnte, da er aus bekannten Gründen nicht arbeitsfähig ist, nicht in Anspruch genommen werden. Da wir aber an einer baldmöglichsten Beilegung dieses Konfliktes interessiert waren, riefen wir den Landeschlichter an. Nach Erledigung der Formalitäten zwischen der Geschäftsstelle des Zentralausschusses und dem Landeschlichter fand am 9. d. M. unter Mitwirkung des stellvertretenden Landeschlichters eine Einigungsverhandlung bei der Regierung statt. Weil nunmehr ein vollständig neues Verfahren gegeben war, wurde zu Beginn der Verhandlung von uns beantragt, daß die Stundenlöhne um 15 Pf. erhöht werden. Die Arbeitgeber erklärten hierzu, daß sie den Schiedspruch der Bezirkschiedsstelle hinsichtlich des Lohnes bedingungslos annehmen, aber die heute gestellte Forderung ablehnen. Und wegen der Schichtzulage soll ein ordentliches Gericht zur Entscheidung angerufen werden. Nach einer nochmaligen Aussprache kam folgende freiwillige Vereinbarung zustande:

„In Sachen Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches der Bezirkschiedsstelle für Arbeitervertragsachen der Gemeinden des Regierungsbezirks Pfalz vom 25. Juli 1925 kam heute nach vorgängiger mündlicher Verhandlung vor dem stellvertr. Landeschlichter folgende freiwillige Vereinbarung zustande:

- I. Biff. 1 des Schiedspruches vom 25. Juli 1925 wird vom Arbeitgeberverband pfälz. Städte nachträglich angenommen.
- II. Die Verwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes verpflichtet sich, die bestrittene Frage der Auslegung von Biff. III lit. E des Radrtrages zum Reichsmantelarifvertrag vom 21. November 1924 (Bezirkslohnarifvertrag) bis spätestens 1. Oktober 1925 bei einem der örtlich zuständigen Gewerbegerichte anhängig zu machen und zum Austrag zu bringen.
- III. Die zu Beginn der Verhandlung erhobene weitergehende Lohnforderung von 15 Pf. die Stunde hat mit gegenwärtiger Vereinbarung ihre Erledigung gefunden. Ludwigshafen, den 9. September 1925.“

Was also die Arbeitgeber in dem fast achtwöchigen Kampfe uns streitig machen wollten, mußten sie unter dem Druck der Organisation nunmehr freiwillig zugestehen.

Ein Blick in die Weltliteratur.

II. (Schluß.)

Ein Blick in die Literatur der Hamiten.

In Fritz Reuters Gedicht „De Sokratische Method“ belehrt der Rüstler Suhr die Schultinder über die Wichtigkeit der Flüsse mit folgenden Worten:

„Un wo man wieder sehen kann,
Wie weise Gott es eingerichtet hat,
Daß bei 'ner jeden großen Stadt
Ein großer Fluß fließt auch vorbei,
Damit die Schiffahrt möglich sei.“

Der gute, naive Rüstler hatte klar erkannt, daß ohne Wasser keine höhere Kultur möglich ist, freilich häufig auch nicht mit Wasser. Klima, fruchtbarer Boden und viele andere Umstände müssen mitwirken. In den Urwäldern Brasiliens, an dem mächtigsten aller Ströme, dem Amazonasstrom, und an den großen Flüssen Innerafrikas leben noch heute Naturvölker, die auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehen.

Die Menschheitsgeschichte belehrt uns, daß an den Ufern des Nils, des Euphrats und Tigris bereits mächtige Staatsgebilde bestanden, eine verhältnismäßig hohe Kultur blühte und die Literatur sich zu entfalten begann, als über ganz Europa noch tiefes Dunkel lagerte. Keine Ueberlieferung, weder Geschichte noch Sage, berichtet uns von den Menschen, die in jener frühen Zeit in Europa lebten.

Hamitische Völkerschaften waren, von Asien kommend, in Ägypten eingebunden. Auf ihrer langen Wanderung hatten sie von den

mongolischen Akkadern und Sumeriern, durch deren Bohnisse sie zogen, so manche Bildungselemente aufgenommen. Sie befestigten die dunkelfarbige, einheimische Bevölkerung Ägyptens und zwangen sie, die Feldarbeit zu verrichten. Sonst wäre es ihnen bei dem heißen und erschöpfenden Klima wohl ebenso ergangen wie ihren hamitischen Brüdern im übrigen Nordafrika, die zu keiner höheren Kultur gelangten.

Schon vor mehr als 6000 Jahren besaßen die alten Ägypter in Astronomie, Mathematik, Anatomie, Feldmessenkunst und besonders in Technik beträchtliche Kenntnisse. Davon zeugen die zahlreichen Pyramiden, Obelisken, Felsengräber und Tempelbauten, deren Ueberreste noch heute die Bewunderung aller Kenner erregen.

So mancher wird es nicht finden, daß an der Pyramide, die den einzigen Zweck hatte, die Mumie des Königs Cheops aufzubewahren, 100 000 Menschen 30 Jahre arbeiteten; aber wer weiß, ob nicht unsere späten Entel über unsere Eisenbahnen und Bergtunnel lächeln, wenn die Flugschiffe sich immer mehr vervollkommen. Trotz der gewaltigen Fortschritte, die wir in der Neuzeit auf allen Gebieten menschlichen Wissens und Könnens gemacht haben, dürfen wir von den Völkern des Altertums nicht verächtlich denken; denn Hamiten, Semiten, Griechen und Römer haben die Fundamente geschaffen, auf denen wir weiterbauen. Der Zwerg, der auf den Schultern des Riesen sitzt, sieht weiter als der Riese selber.

Die Schreiber wurden im alten Ägypten hochgeschätzt, es waren dies die Priester, Beamten, Dichter und Schriftsteller. Die Lehrer ermahnten ihre Schüler immer und immer wieder zu Fleiß und

Der Kongreß unserer französischen Bruderorganisation.

Dem Kongreß, welcher vom 22. bis 24. August in einem Borort von Paris, Levallois-Perret tagte, lag ein gedruckter Geschäfts- und Kassenbericht vor. In eingehender Weise entwarf der Generalsekretär Kollege Michaud ein Bild über die geleistete Arbeit. Die Berichtsepisode, 1923 bis 1925, war wohl eine der schwierigsten seit der Gründung der Föderation. Auf dem letzten Kongreß, welcher im Jahre 1923 in Strassburg tagte, konnte man erfreulicherweise konstatieren, daß die Auswirkungen der Spaltung durch die Kommunisten überwunden und ein neuer Aufbau begann. Die Situation war damals keineswegs eine rosige. Die Regierung war gegen die Organisation. Den Arbeiterforderungen gegenüber hatte man nur schöne Worte. Die Präfekten sowie ein großer Teil der Bürgermeister von Frankreich legten fast alle dieselbe Haltung an den Tag. Dazu kamen die andauernden Verleumdungen der Kommunisten, kurz, es war eine außerordentlich schwierige Lage. Die Zeiten haben sich geändert. Das Vertrauen ist zurückgekehrt. Die Organisation hat stark zugenommen. Folgende Syndikate wurden neu errichtet bzw. sind nach der Spaltung zurückgekehrt: Syndicat des Services Publics von Sécin, Hellemmes, Douai, Saint-Nazaire, Sablé-sur-Sarthe, Loire-Inférieure, Rochefort, Libourne, Bègles, Bayonne, Auch, Gers, Tarbes, Tarn-et-Garonne, Bédarieux, Lourdes, Bagnères, Cahors, Montauban, Millau, Cantons de Bessèges, Ajaccio, Ballauris, Bastia, Menton, Avignon, Morez, Rhône, Saint-Chamond, Bug-de-Dôme, Troges, Nancy, Befançon, Catonniers du Haut-Rhin, du Bug-de-Dôme, de la Loire-Inférieure, die agents-voyers des Bouches-du-Rhône, die Aufseher von Marseille usw. Neben diesen Neuaufnahmen ist eine starke Erhöhung der bestehenden Organisationen zu verzeichnen. Im Jahre 1923 zählte die Föderation 24 000 Mitglieder, 1924 deren 27 000 und Anfang 1925 ist die stattliche Anzahl von 35 000 Mitgliedern zu verzeichnen, die gegenwärtig auf 40 000 vollzählende Mitglieder gemachsen ist.

Bezüglich der Löhne hatte das Bundesbureau die größten Anstrengungen gemacht und wiederholt Lohnforderungen der Regierung unterbreitet. In unzähligen Sitzungen und Beratungen ist manches erreicht worden. Ramentlich die Errichtung einer paritätischen Kommission hat viel Elend in den Kreisen der Gemeindearbeiter gemildert. Geradezu Erstaunliches wurde geleistet auf dem Gebiete der Propaganda. Landauf, landab wurde die Agitation inszeniert; unermüdet waren die leitenden Personen tätig. Bezüglich der Einheit wurde ebenfalls ein letzter Versuch unternommen. Wenn auch die Abteilungsleiter im Rahmen der öffentlichen Betriebe sehr schwach sind, wurde dennoch versucht, die Einheit mit denselben herzustellen. Eine gemeinsame Zusammenkunft fand statt. Es wurde vereinbart, 1. daß die Verleumdungen in der kommunistischen Presse aufhören sollen; 2. daß Artikel in den beiden Zeitungen aufzunehmen sind. Was geschah aber? Als die nächste Nummer der kommunistisch-unitären Zeitung erschien, strogte sie nur so von Verleumdungen und Anpöbelungen. Damit war die Frage der Einheit voreilig erledigt. Der Verband ging seinen geraden Weg. Mit

Aufmerksamkeit, sagten ihnen, daß die Schreiber glücklicher wären als alle anderen Stände, selbst als die Offiziere. Es mag den kleinen Kerlen oft nicht leicht geworden sein, die diesen Hieroglyphen nachzuziehen und in den Sinn der Vorlagen einzubringen. Die Schüler schrieben auf Topfscherben und Kalkstücken, die man Ostraka nannte, zahlreich aufgefunden hat und die von Fehlern aller Art förmlich wimmeln. Die Erwachsenen schrieben auf Papier, das aus dem Mark der Papyrusstaude hergestellt wurde. Die schmalen Streifen wurden aneinander geklebt und dann das Papier geglättet. Man hat, besonders in den Gräbern, Papyrus gefunden, die eine Länge bis 50 Meter haben. Die alten Ägypter besaßen eine unverwundliche Tinte, als Schreibfeder benutzten sie zugespitzte Binsen.

Die ägyptische Literatur besteht aus Erzählungen, Märchen, mährlichen und anderen gelehrten Schriften, lyrischen Gedichten, die sich aus Hymnen, Gebeten, Liebesliedern und dergleichen zusammensetzen. Ganz besonders aber aus Weisheitsprüchen, worin die Väter ihren Söhnen weise Lehren geben. Viele dieser Sprüche sind in die hebräische Literatur übergegangen. So hat man kürzlich nachgewiesen, daß der Verfasser der salomonischen Schriften sechzehn aufeinanderfolgende Sprüche aus einem ägyptischen Papyrus, ins Hebräische übersetzt, in sein Werk aufgenommen hat. In dem Totenbuch, das man in den Gräbern vornehmer Ägypter gefunden hat, befinden sich, nicht dem Wortlaut, aber dem Inhalt nach, die 10 Gebote, die Mose am Sinai den Israeliten verkündete. Zum eigentlichen Epos und Drama haben es die Ägypter nicht gebracht. Das blieb den schönheitsstrunkenen Griechen vorbehalten; erst viel später entsafteten sich unter dem ewig blauen Himmel Eriodry-

unserer Internationale stand die Föderation in besten Beziehungen. Alle ihre Verpflichtungen hat sie erfüllt. Die Föderation vereinigt jetzt die überwältigende Mehrheit der Gemeinde- und Staatsarbeiter in ihren Reihen.

Die Tagesordnung des Kongresses lautete: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wirtschaftsstabilität. 3. Lohn und Teuerung. 4. Pensionen. 5. Gemeinde- und Departementalregie; Beteiligung der Arbeiterschaft an der Verwaltung. 6. Forderungen der Berufsfeuerwehr. 7. Forderungen des Personals der Departements. 8. Aufnahme der Vollzisten in die Föderation. 9. Organisation des Städtebundes. 10. Statutenänderungen. 11. Verschiedenes.

Kollege Michaud verollständigte seinen schriftlichen Bericht vor dem Kongresse. Er ließ die zwei Jahre an den Delegierten vorübergehen und zeichnete mit kräftigen Worten die gegenwärtige Situation des Bundes. Arbeiten wir weiter so, und wir werden unser Ziel erreichen. Einmütig erkannte der gesamte Kongreß die Tätigkeit der leitenden Kollegen an, insbesondere Michauds und des Kassierers Baudoin. Aus diesem Grunde war die Diskussion über den Geschäftsbericht kurz. Er wurde einstimmig angenommen, ebenfalls der Kassenbericht.

Nach der eingeführten Methode wurden sämtliche Tagesordnungspunkte den hierzu bestimmten Kommissionen überwiesen, welche dem Kongreß nach Beendigung ihrer Arbeit fertige Resolutionen vorlegten. Es würde zu weit führen, die Detaildiskussionen, welche alle in kameradschaftlichem Geiste gepflegt wurden, in unserem Berichte anzuführen. Es genügt zu betonen, daß auf allen Gebieten, wo der Kongreß sich zu beschäftigen hatte, nützliche und fruchtbringende Arbeit geleistet wurde. Ueber Lohn und Teuerung wurden neue Richtlinien aufgestellt. Die Bemühungen, die Pensionen allerorts zu verbessern, sollen fortgesetzt werden. Die Mitwirkung der Gemeindearbeiter und -beamten an der Verwaltung ist zur ständigen Forderung erhoben worden. Ebenso wurde der Feuerwehr gedacht, welche durch ihren gefährvollen Beruf in wirksamer Weise unterstützt werden soll. Die Situation des Personals, welches vom Departement beschäftigt wird, wurde einer eingehenden Prüfung unterzogen. Gerade für diese Kameraden ist noch sehr viel Arbeit zu leisten; sie gehören mit zu den schlechtestbezahlten. Die Frage der Aufnahme der Vollzisten in den Bund wurde verschoben bzw. der G. L. überlassen. Das Ziel, die einheitliche Städtebundorganisation herbeizuführen, wird eifrig verfolgt. Die Vereinigung aller öffentlichen Betriebe in einer einzigen großen nationalen Organisation wurde einstimmig als Prinzip erhoben.

Von selten unseres Verbandes nahmen die Kollegen Becker und Dittmer an den Beratungen des französischen Verbandstages sowie des französischen Gewerkschaftskongresses (über die wir in nächster Nummer kurz berichten) teil. Kollege Dittmer brachte in

lands alle Dichtungsarten zur höchsten Blüte. In den Pyramiden, den letzten Ruhestätten der Pharaonen, fand man viele uralte Sprüche, die sich auf das glückliche Los der Toten, besonders der Könige, beziehen. Die Könige hielten sich für Götter und meinten, der größte aller Götter, der Sonnengott Re, würde ihnen seinen Platz im Himmel einräumen. — Zwei Sprüche dieser Art. (Die angeführten Muster sind aus: Erman: Ägyptische Literaturgeschichte.)

„Wer fliegt, der fliegt! Er fliegt fort von euch, ihr Menschen, er ist zum Himmel gestürzt als Reiter, er hat den Himmel getödtet als Falke.“

„Er ist zum Himmel gestiegen und hat den Re gefangen, wie er aufstand, als er sich ihm nahte. Er setzte sich an seine Seite und Re ließ nicht zu, daß er sich auf die Erde lege, denn er weiß, daß er größer ist als er selbst.“

Von den vielen Erzählungen ist „Die Geschichte des Sinuhe“ eine der interessantesten. Sie beginnt mit den Worten: „Im Jahre 30 am 9. Tage des dritten Ueberchwemmungsmonats trat der Gott (womit er den König meint) in seinen Horizont ein. Der König Amenemhet entfernte sich zum Himmel, er vereinte sich mit der Sonne und der Gottesleib vernichtete sich mit seinem Erzeuger.“ Sinuhe, der eine hohe Hofstellung einnahm und sich aus unbekannten Gründen aus Ägypten flüchtete, erzählt dann weiter, daß der auf einem Kriegszuge begriffene Thronfolger Sesostris sofort nach Ägypten zurückkehrte, als er den Tod seines Vaters erfuhr. Sinuhe erzählt dann, daß er nach Retenu kam, wo er von dem Fürsten gut aufgenommen wurde. Der Fürst vermählte ihn mit

seiner französisch gehaltenen Begrüßungsrede, die mit überaus lebhaftem herzlichen Beifall aufgenommen wurde, zum Ausdruck, daß es uns zum ersten Male gelungen sei, die französische Grenze nach dem Kriege zu überschreiten, nachdem die früheren Versuche durch die Zurückhaltung des französischen Bismars vergeblich gewesen. Er wies auf die gemeinsamen Interessen beider Bruderorganisationen hin und zeigte die Schwierigkeiten auf, die wir zu überwinden haben, um ein menschenwürdiges Dasein zu erringen durch höheren Lohn und Achtstundentag. — Am dritten Tag brachte dann Kollege B e d e r namens der gesamten Internationale (es waren England, Belgien, Holland, Schweiz, Deutschland vertreten) den Ausdruck des Dankes für die gewährte Gastfreundschaft und den Einblick in die Organisationsverhältnisse Frankreichs treffend und unter starkem Beifall zum Ausdruck.

Die Beleuchtungsarbeiter (Gas, Elektrizität) sind, wohl meist in privaten Händen, heute noch geordnet organisiert, doch wird die Verschmelzung angestrebt. Andererseits sind zahlreiche Bürgermeistersekretäre usw. als ehrenamtliche Vertreter unserer Organisation eifrig tätig, so daß wir auf einen großen Stamm geschulter und verantwortlicher Organisationskräfte in Frankreich gestützt sind.

Die Rückfahrt über Straßburg ermöglichte uns, die weitestgehende Gastfreundschaft unserer Straßburger Kollegen für ein paar Stunden in Anspruch zu nehmen, wobei wir auch Gelegenheit hatten, unseren früheren Kollegen C h r e t nebst Familie begrüßen zu können. Die Filiale Straßburg zählt gegenwärtig 4500 Mitglieder. Sekretäre sind die Kollegen J m b s und G a b e l.

Wir geben hiermit die vielen herzlichen und aufrichtigen Grüße sowohl der französischen Bruderorganisation als auch der Straßburger Kollegen im besonderen an unsere Gesamtmitgliedschaft weiter!

E. D.

Für die Frauen

Neue Aufgaben der Frauen. Unser vielgestaltiges und ungemein kompliziertes Wirtschaftsleben fordert eine methodische Organisation aller in Industrie, Handel und Landwirtschaft tätigen Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts. In diesem Sinne gruppieren auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossenen Landeszentralen in ihren beruflichen Organisationen die Arbeiter beiderlei Geschlechts. Die Allgemeingültigkeit dieser Auffassung schließt gleichwohl nicht aus, daß es Forderungen gibt, die wesentlich für das weibliche Geschlecht in Betracht kommen und spezielle Seiten des Frauenlebens betreffen, wie Mutterchutz und Kinderfürsorge. Daß auch die Internationale diesen Erfordernissen Verständnis entgegenbringt, dafür zeugt der vom Wiener Kongreß von 1924 einstimmig gefaßte Beschluß auf Errichtung eines internationalen Frauenkomitees, das mit dem Studium spezieller Frauenforderungen und der beruflichen Organisation der Arbeiterinnen beauftragt wurde. Es ist schon an der Zeit, daß wir die uns übertragene Arbeit an die Hand nehmen, um so mehr, als das Schicksal

der Arbeiterinnen mehr als je unser Interesse erfordert, seit der Krieg die Frauen allüberall mit brutaler Faust vom Herd und der Familie gerissen und die infolge der industriellen Entwicklung schon längst brüchige Tradition zerwürgt hat, wonach der „häusliche Herd“ als unantastbare Institution zu gelten hat.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß diese Lage keine vorübergehende ist. Denn die Frau ist, seit der Krieg Millionen von Männern hinweggerafft hat, mehr als je gezwungen, sei es für den eigenen Unterhalt, sei es als Ernährerin ihrer Familie, in der Fabrik, im Geschäft, in der Bureauarbeit ihr Brot zu suchen. Diese Sachlage wird noch durch den Umstand verschärft, daß die Maschine mehr und mehr die menschliche Arbeitskraft ersetzt und die Frau in Industrien Zugang findet, die ihr bisher verschlossen waren. Der Fortschritt des Maschinenwesens wirkt selbst die Dezentrale wirtschaftlicher Berufe über den Haufen, wie z. B. die der Bekleidungsindustrie, wo heute eine einzige Maschine eine Arbeit leistet, für die früher zehn Hände nötig waren. Alles dies hat auch seine Rückwirkung auf die Heimarbeit, die von einer Krise betroffen wurde, die neue Gruppen von Frauen zwingt, ihren Lebensunterhalt außerhalb des Hauses zu verdienen. Wie man sieht, erfordert diese Lage die größte Aufmerksamkeit seitens der Frauen selbst, da sie Probleme einschließt, die an das Schicksal der künftigen Menschheit, an das Problem der heranwachsenden Generation rühren. Was kann aus dem heranwachsenden Geschlecht werden, was ist unter den oben geschilderten Bedingungen das Los des Kindes, das aus seiner natürlichen Umgebung herausgerissen wurde? Diese Verhältnisse scheinen sich in allen Ländern auffallend zu gleichen. Die Erziehung des Kindes durch die Mutter ist aber die Grundlage der sozialen Neugestaltung. Aus dieser Situation mit ihrem gefährlichen Dilemma muß ein Ausweg gefunden werden: sie erfordert die sofortige Durchführung eines Programms, das sich wie folgt skizzieren läßt: 1. Untersuchung des Einflusses und Fortschrittes des Maschinenwesens und dessen Wirkung auf die berufliche Tätigkeit der Frau. 2. Untersuchung der Lebensverhältnisse des Kindes im Zusammenhang mit der weiblichen Berufstätigkeit. 3. Propaganda für eine neue Mutter- und Kinder-schutzgesetzgebung, die im Einklang steht mit den sozialen Auswirkungen der Berufstätigkeit der Frauen. 4. Die besten Mittel ausfindig zu machen, um die Frauen zu veranlassen, sich für die ihr eigenes Leben wie das Leben des Kindes betreffenden Fragen zu interessieren und sich mit ihnen näher zu befassen und auf ihre Einbeziehung in die Gewerkschaftsorganisation hinzuwirken.

I. Chevenard.

Unser Mitgliederstand am 1. September 1925.

Im Zeitraum von 12 Monaten, seit dem 1. September 1924, hat sich unser Mitgliederstand um insgesamt 15 888 Mitglieder auf 199 217 erhöht. Damit ist unserer Werbetätigkeit gemäß das beste Zeugnis gegeben. Die Zunahme im letzten Monat beträgt 876 Mitglieder. An der Gesamtzahl des am 1. September 1925 errechneten Mitgliederstandes sind die männlichen Kollegen mit 169 310 = 85 Proz., die weiblichen mit 29 907 = 15 Proz. beteiligt. Die Zahl der Filialen beträgt 864. Davon haben 240 gleich 27,7 Proz. nicht berichtet. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 1134, darunter 802 männliche und 272 weibliche. Unermüdlige Werbearbeit darf auch in Zukunft nicht fehlen.

seiner Tochter und schenkte ihm ein fruchtbares Land, in dem es Wein in reicher Fülle gab. Später besiegte er den mächtigsten Feind seines Wohltäters. Als er aber alt wurde, wollte er, wie alle Kegypter, in seinem Heimatlande begraben sein und kehrte mit Bewilligung des Königs dorthin zurück.

Das Märchen: „Der König Cheops und der Zauberer.“

Der König Cheops, der vor ungefähr 5000 Jahren über Ägypten herrschte, ließ sich von seinen Söhnen erzählen, daß es in früheren Zeiten in Ägypten viele zaubertunbige Männer gegeben habe. Es lebe auch jetzt noch ein Zauberer, der nicht allein große Wunderthaten verrichte, sondern auch die Zukunft enthüllen könne. Der König ließ den Zauberer rufen und befragte ihn über die Zukunft seines Geschlechts. Der Zauberer erwiderte, daß sieben drei Kinder geboren wären, die seine Nachfolger vom Throne stoßen würden. Das würde aber erst später geschehen, sein Sohn und Enkel würden noch über Ägypten herrschen.

Das ägyptische Volk glaube an zahllose Götter; die höheren Priester jedoch nur an einen unsichtbaren Gott, wie folgende Stellen aus mehreren Hymnen beweisen:

„Ein Wesen, das durch sich selbst da ist, ein unnahbarer Gott.“

„Ich sagte Gott und nicht Götter, Gott ist der eine, alleinige, einzige; seine anderen sind neben ihm.“ „Er ist das allein in Wahrheit lebendige Wesen.“ Du bist Einer und Millionen Wesen gehen von dir hervor. „Er hat alles gemacht und er allein ist nicht gemacht worden.“

Run noch einige Weltweisheitsprüche aus dem ältesten Buch, das wir besitzen, dem Papyrus Priests, dessen zweiten Teil der Prinz Ptah-hotep vor etwa 5000 Jahren verfaßt hat:

„Schön ist es, wenn wohl aufnimmt ein Sohn die Rede seines Vaters. Es wird ihm gutteil werden ein hohes Alter deshalb. Das heißt Gott lieb haben, wenn man gehorcht, den Ungehorsamen haßt Gott.“

„Ist jemand ein Tor, also daß er nicht gehorsam ist, so wird er nichts vorwärtsbringen. Er steht an den Wissenden als den Unwissenden und das Gute als das Schlechte. Sein Tun ist allerlei Niedertracht und davon seine tägliche Nahrung. Deshalb lebt er, als ob er tot wäre. Das ist seine Speise, die Rede zu verbrehen, und davon sättigt er sich. Er wird verachtet von den Großen, weil er ein lebendig Toter ist, tagtäglich.“

Zum Schluß einige Verse aus: „Das Lied an die Sonne in Tell Amarna“: „Du erscheinst schön im Horizonte des Himmels, du lebende Sonne, die zuerst lebst. Du gehst auf im östlichen Horizonte und füllst jedes Land mit deiner Schönheit. Du bist schön und groß und funktelst und bist hoch über jedem Lande, deine Sitablen umarmen die Länder, soweit du nur etwas geschaffen hast. Du bist fern, doch deine Strahlen sind auf Erden. Gehst du unter im westlichen Horizont, so liegt die Erde im Dunkel, als wäre sie tot. Sie schlafen im Gemach mit verhäultem Haupt und kein Auge sieht das andere. Wenn es tagt und du aufgehst am Horizont und leuchtest als Sonne am Tage, so vertreibst du das Dunkel und schenkst deine Strahlen. Du hast die Erde nach deinem Wunsche geschaffen, du allein, mit Menschen, Heerden und allem Wild, alles was auf der Erde lebt und auf den Füßen geht und alles was oben schwebt und mit seinen Flügelst slegt.“

Wirtschaftsbezirke bzw. Gewerbeverwaltungen	Anzahl der Mitglieder am 1. Okt.	Mitgliederstand am 1. September 1925			Zunahme 3 = 3 = Zunahme
		männlich	weiblich	gesamten	
1. „Nordwest“	19 690	16 194	3 500	19 703	3 18
a) Hamburg	5 870	5 404	546	5 750	190
b) Bremen	8 298	2 788	474	8 200	26
c) Kiel	4 027	3 138	875	4 018	14
d) Lübeck	32 873	27 622	5 204	32 726	147
2. „Westfalen“	11 986	10 702	1 408	12 108	3 172
3. „Rheinland“	9 059	9 522	609	10 131	3 493
4. „Rhein-Main“					
a) Frankfurt a. M.	11 191	9 181	2 083	11 314	3 23
b) Mainz	4 990	4 088	725	4 763	217
	16 171	13 219	2 768	15 977	2 194
5. „Rheinpfalz-Saarland“	8 000	8 801	804	8 105	3 105
6. „Baden“					
a) Karlsruhe	7 068	6 526	623	7 149	3 51
b) Singen	897	690	203	693	4
	7 965	7 216	526	8 042	3 47
7. „Württemberg“	5 165	4 791	389	5 160	3 5
8. „Bayern“					
a) Augsburg	2 212	1 965	239	2 204	3 8
b) München	6 927	5 709	1 226	6 935	3 8
c) Nürnberg	5 493	5 348	423	5 776	3 283
	14 632	13 022	1 593	14 915	3 283
9. „Thüringen“	5 283	4 569	705	5 304	3 21
10. „Sachsen“					
a) Dresden	9 548	7 889	1 396	9 784	3 236
b) Leipzig	6 303	4 514	1 787	6 301	3 2
c) Zwickau	6 376	5 407	1 019	6 426	3 50
	22 227	17 809	4 702	22 511	3 284
11. „Mitteldeutschland“					
a) Magdeburg	6 892	5 617	1 264	6 881	3 11
b) Coblenz	8 328	2 890	875	8 205	3 123
	10 220	8 447	1 639	10 086	3 134
12. „Hannover“	6 659	6 827	709	6 536	3 123
13. „Schlesien“	9 542	8 095	1 518	9 011	3 60
14. „Brandenburg“					
a) Potsdam	4 264	3 730	437	4 167	3 97
b) Frankfurt a. O.	1 650	1 377	270	1 647	3 8
	5 914	5 107	707	5 814	3 100
15. „Groß-Berlin“	23 873	19 090	4 788	23 873	—
16. „Pommern“					
a) Stettin	3 642	3 088	590	3 628	3 14
b) Kolberg	1 339	1 135	142	1 277	3 62
	4 981	4 233	672	4 905	3 76
17. „Ostpreußen“	8 121	7 280	1 025	8 305	3 184
Einzelmitglieder	40	28	20	48	3 8
	198 331	169 310	29 907	199 217	3 876

Wasserbauarbeiter

Die harte Faust bei der Wildbachsektion Rosenheim. Bei der Sektionsleitung für Wildbachverbauung in Rosenheim ist in der Leitung ein Personenwechsel eingetreten. Es kam Herr Oberbaumeister Fischer aus Kuber, der auf die Arbeiter anscheinend besonders gut zu sprechen ist. Am meisten liegt ihm wohl der Betriebsrat im Magen, während er den Tarifvertrag überhaupt nur für seine gute Seite auslegt. Wo er den Arbeitern ihr geschriebenes Recht abzuweiden kann, tut er das, wie der Abzug der Wasserfischelmalge hinreichend beweist. Kaum ist die Sache zugunsten der Arbeiter geregelt, verbeißt er sich in den Tarifvertrag, in dem steht: „Das Einnehmen geistiger Getränke während der Arbeitszeit ist verboten.“ Wer das Verbot verletzt, wird entlassen. Herr Fischer hat zwar das Recht, die Verletzung dieses Verbotes durch eine Rüge zu jähnen, aber wo ihm auf Grund dieses Vergehens ein Recht zur sofortigen Entlassung eingeräumt wird, ist nirgends im Tarif zu finden. Sonderbar mutet es die Betriebsräte an, daß der Herr Fischer bei der Betriebsratsitzung seinen Lohn von der verschärften Durchführung des Verbotes verlauten ließ, sondern erst am Tage nachher damit kam. Als die Betriebsräte daraufhin beim Amtsstand vorfragten, führen sie dreimal umsonst, denn Herr Fischer war nie da. Erst das viertemal, als der Vorsitzende allein kam, da war er bösläugig zu sprechen, indem er meinte: „Es bleibt bei dem Verbot, wer sich nicht fügt wird entlassen. Nützt das auch noch nichts, dann setze ich die harte Faust und löse die Manufakturbaustelle einfach auf.“ (Ob letzteres Annäherung oder wirkliches Recht ist, mögen die oberen Stellen, die dann bald überflüssig wären, entscheiden. D. B.) Der schlichte Arbeiter, der als Betriebsrat nur seine Pflicht, genau wie Herr Fischer erfüllte, wunderte sich mehr über das Geschimpf, als er sich ärgerete. Beim letzten Hochwasser mußten auf Anordnung des Herrn Flußmeister Fischer die Arbeiter bis auf drei Mann drei Tage auslegen, weil keine Arbeit da war. Als die Regenfluten

noch bezahlt werden mußten, wurde jeden Tag gearbeitet, auch wenn die Arbeiter bis auf die Haut durchnäßt waren. So ändern sich die Zeiten. Aber vielleicht darf auch das Ministerium des Innern in der Sache noch ein Wort dazusprechen?

Strombauarbeiter vom Wasserstraßen- und Becken. Am 2. September fand eine gut besetzte Versammlung der an Land Beschäftigten statt. Kollege Diers als Vorsitzender des BBR der Reichswasserstraßenverwaltung eröffnete die Versammlung. Gauheiter Neumann gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Lohnverhandlungen, schilderte das Verhalten der Reichsregierung gegenüber den Wasserbauarbeitern. In der Diskussion wurde von allen Rednern erneut darauf hingewiesen, daß der jetzige Zustand auf alle Fälle abgeändert werden muß. Der Verbandsvorstand und Lokalkommissionen werden abermals beauftragt, an der allgemeinen Lohnforderung festzuhalten. Sodann berichtete Kollege Neumann über den Entwurf der Pensionstafel, selbiger wurde von der Versammlung zur Kenntnis genommen; man erwartet, daß von der Regierung diejenigen Kollegen, die einer Pensionstafel oder Ruhegeldtafel angehören, mit vollen Rechten übernommen werden. Nach den Referaten wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am 9. September im Gewerkschaftshaus tagende Betriebsversammlung der an Land beschäftigten Strombauarbeiter (Wasserstraßenamt Bremen) nehmen mit voller Entrüstung Kenntnis über den Verlauf der Lohnverhandlungen mit der Reichsregierung, da die Löhne der Strombauarbeiter so niedrig sind, daß sie damit nicht mehr imstande sind, die notwendigen Lebensmittel kaufen zu können. Die Verarmung kann das Ansehen, welches der Lokalkommission von der Regierung gestellt wurde, nicht verstehen. Der Verbandsvorstand wird erneut beauftragt, mit der Reichsregierung in Lohnverhandlungen einzutreten, sollten diese zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, müssen alle gewerkschaftlichen Mittel angewandt werden, um der Reichsregierung zu beweisen, daß die Wasserbauarbeiter gewillt sind, den Kampf aufzunehmen. Die Versammlung spricht dem Verbandsvorstand und der Lokalkommission ihr volles Vertrauen aus.“

Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Hauptbetriebsratswahl im Bereiche des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Am 1. und 2. Oktober sollen die Arbeiter und Angestellten darüber entscheiden, ob der Erfolg langjähriger zäher Arbeit unserer Organisation den Mitgliedern der freigewerkschaftlichen Richtung gehören wird oder denjenigen anderer Organisationsrichtungen, die nicht das geringste unternehmen haben, den Arbeitnehmern weitere Rechte aus dem Betriebsratsgesetz heraus zu schaffen. Der Kampf verspricht ein außerordentlich lebhafter zu werden, da ja drei Listen beim Wahlvorstand ordnungsmäßig eingereicht wurden und als Vorkandidaten zur Wahl zugelassen sind.

Für die unserer Organisation angeschlossenen Mitglieder kommt die Liste Nr. 1 in Frage, die gemeinsam von unserer Organisation, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten und dem Zentralverband der Angestellten aufgestellt worden ist und mit dem Namen Hermann Fischer, Berlin, beginnt.

Eine weitere Liste Nr. 2 nennt sich Gewerkschaftsbund der Angestellten, die — soweit wir unterrichtet sind — genau sozial Kandidaten enthält, wie die Organisation selbst Mitglieder hat. Diese Jugendmännertorporation scheint lediglich auf Stimmenfang auszugehen.

Ferner kandidiert noch eine Liste Nr. 3, Deutscher Gewerkschaftsbund (Christliche Liste). Als Spitzenkandidat fungiert hier das einzige Mitglied dieser Organisation in der großen Heilanstalt der Charité, wo etwa 700 Personen beschäftigt werden. Außerdem gliedert diese Liste rein dekorativ noch ein paar Doktoren, von denen man wohl sicher angenommen hat, daß diese Herren in allererster Linie dazu berufen sind, Arbeiter- und Angestellteninteressen zu vertreten. Was man von dieser Organisation und demzufolge auch von ihren Kandidaten zu erwarten hat, beweist die Tatsache, daß der Vorsitzende der Berufsgruppe des Pflegepersonals, Herr Strelter, in der Frage der Arbeitszeit sehr, sehr lange Zeit jeder klaren Stellungnahme auswich, bis er sich endlich zu einer Empfehlung des Reun kundentages durchgerungen hatte.

Es gilt nun die Hoffnungen dieser letztgenannten beiden Richtungen zushanden zu machen, und unsere Kollegen haben die Aufgabe, am 1. und 2. Oktober außerordentlich wachsam zu sein, damit der Hauptbetriebsrat von Personen besetzt wird, die auch in allen einschlägigen wirtschaftlichen Fragen der Arbeiter eine entscheidende und klare Stellung einnehmen.

Kein Wahlberechtigter, ob Mann oder Frau, darf dieser Wahl fernbleiben. Jedes Mitglied der Organisation hat die zwingende Pflicht, den letzten Wähler an die Wahlurne heranzubringen, damit die Früchte jahrelanger Arbeit nunmehr auch auf die Liste 1, freigewerkschaftliche Einheitsliste unseres Verbandes, Barab und B. L., entfallen.

Bonn. Die Wahlen zum Hauptbetriebsrat bei den Reichsvermögensämtern der besetzten Gebiete haben auch in diesem Jahre wieder den Beweis erbracht, daß die Arbeiterchaft vor allen Dingen, nicht so sehr die Angestellten, wissen, wo sie praktische Arbeit finden können und trotz gewisser Mängel, daß die bösen freien Gewerkschaften schuld sind an der deutschnationalen Liste, die nachher in Christlichnational geändert wurde, haben wir den Sieg davongetragen. — Auf die gemeinsame Liste der freien Gewerkschaften entfielen 1557 Stimmen und damit alle sieben Sitze, während die Angestelltenliste 156 Stimmen und die christliche Liste 194 Stimmen erhielten und beide Gruppen leer ausgingen. Wenn auch Beschwerde gegen die Gültigkeit der Wahl eingereicht wurde von den hereinfallenden Gegnern, so dürfte auch das nichts helfen, denn zu einem einzigen Sitz müßten 222 Stimmen aufgebracht werden. Und wenn man die nicht hat, hilft alles Verleumben und Schimpfen nichts.

Belohnungen an Arbeiter für langjährige Dienstzeit. Der Reichsminister der Finanzen hat sich im Schreiben vom 20. August 1925, IB 6381 und IC 5073, damit einverstanden erklärt, daß Arbeitern wieder wie vor dem Kriege Belohnungen für langjährige Dienstzeit nach folgenden Grundfätzen gewährt werden:

1. Arbeiter, die 25 Jahre oder mehr als Lohnempfänger in einem Arbeitsverhältnis bei der Reichsverwaltung gestanden und eine Barprämie aus Anlaß der Vollendung von 25 Dienstjahren nicht bereits erhalten haben, können eine einmalige Dienstprämie von 100 Reichsmark erhalten.
2. Die Feststellung über das Vorliegen der Voraussetzungen findet durch die oberste Verwaltungsbehörde unter Ausschluß des Rechtsweges statt.
3. Bei bereits abgebauten Arbeitern, die nach Nr. 1 eine Dienstprämie erhalten hätten, kann die oberste Verwaltungsbehörde die nachträgliche Bewilligung zur Vermeidung von Härten anordnen.
4. Lohnempfängern, die der Angestelltenversicherung unterliegen, wird die Prämie nicht gewährt.
5. Die Gewährung einer Dienstprämie aus Anlaß der Vollendung von 40 oder 50 Dienstjahren kann nur im Einzelfall mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen stattfinden.
6. Die bewilligten Beträge sind bei den Titeln für die Lohnzahlung zu verrechnen.

Halle a. d. S. Die schlechten Lohnverhältnisse der Reichs- und Staatsarbeiter zwingen die Beschäftigten, der in Halle gelegenen Reichs- und Staatsbetriebe und Verwaltungen, in einer Protestversammlung dazu Stellung zu nehmen. In einem eingehenden Referat über die wirtschaftliche Lage Deutschlands, sowie die damit in Verbindung zu bringende Lohnpolitik der Arbeitgeber zeichnete Kollege Flücht die Verhältnisse, wie sie sich im Reichsfinanzministerium abspielen. Das Preisabbaugesetz der Reichsregierung sowie der bürgerlichen Zeitungen ist nichts anderes wie eine Vorpiegelung falscher Tatsachen, denn auf der anderen Seite ist festzustellen, daß während desselben Zeitpunktes die Reichsregierung auf Drängen des Landbundes die Einfuhrzölle für Getreide bewilligt hat und somit die Hand dazu bietet, daß eine eminente Brotverteuerung in den nächsten Wochen eintreten wird. Es ist klar zu ersehen, wie das geschlossene, organisatorische Vorgehen der Arbeitgeberverbände Hand in Hand mit der Reichsregierung heute eine Verleumdung der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben hervorruft. Demgegenüber gibt es nur eine Parole, und zwar der Zusammenschluß aller in Reichs-, Staats- und Gemeinbetriebenen Beschäftigten zu einem geschlossenen Block der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer. Die nachfolgende Resolution wurde von den Versammelten einstimmig angenommen, nachdem sich noch eine ganze Anzahl Beschäftigte als Mitglied in den Verband hatten aufnehmen lassen.

„Die am Sonntag, den 5. September 1925, in Halle a. d. S. versammelten Reichs- und Staatsarbeiter nehmen mit Entrüstung Kenntnis von den ergebnislos verlaufenen Lohnverhandlungen. Es ist bedauerlich, daß das Reichsfinanzministerium seine Hand dazu bietet, um die Verleumdung der Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben immer schärfer zu gestalten. Die Arbeitsfreudigkeit und die Ehrlichkeit der Beschäftigten wird bei den seit Monaten geltenden ungenügenden Löhnen auf eine harte Probe gestellt. Die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben und Verwaltungen sind unter den obwaltenden Umständen nicht mehr in der Lage, Ruhe und Ordnung in den Betrieben aufrechtzuerhalten. Gerade die Löhne der Arbeiter in Halle a. d. S. liegen bis zu 30 Pf. unter dem allgemein üblichen Lohnniveau. Schnellste Lohnverbesserung ist deshalb Pflicht des Reichs und des preussischen Staates.“

Leitfäden für die Eingruppierung der Arbeiter im Bereich des Reichswehrministeriums. Nachstehend geben wir eine mit dem Reichswehrministerium nach langen Bemühungen endlich zustande gekommene Vereinbarung bekannt. Wir möchten die Kollegen aber bitten, darauf zu achten, daß diese nun auch eingehalten wird:

Berlin, den 11. September 1925.

Reichswehrministerium
 Heeresverwaltungsamt Nr. 887. B. 25 V. 1.
 An die Wehrkreisverwaltungsämter I—VII, das Verwaltungsweigungamt Breslau.

Aus den zufolge der Erlasse vom 6. 6. 25 Nr. 619. B. 25 V 1/18.7. 25 Nr. 795. 7. 25 vorgelegten Nachweisungen ist ersehen worden, daß die Einreihung der im Bereiche der Heeresverwaltung beschäftigten Arbeiter, besonders der bei den Heeresverpflegungs- und Heeresunterkunftämtern

in die einzelnen Lohngruppen nicht immer tarifmäßig und nicht gleichmäßig stattgefunden hat. Wenn auch nicht verkannt wird, daß die Verhältnisse bei den einzelnen Verwaltungen (Umfang des Betriebes, Zahl der Arbeiter, Bestehen oder Nichtbestehen von Gleisanschlüssen und Hebevorrichtung, Art und Lage der Lagerstätten usw.) verschieden sind, und zu Zweifeln hinsichtlich der Einstufungen in einzelnen Fällen Veranlassung geben können, so muß doch darauf gehalten werden, daß allgemein nach tariflichen Grundfätzen verfahren wird. Es werden daher folgende Richtlinien bekanntgegeben:

1. Nach der Anlage 3 zum TAR. sind Arbeiter im Sicherheits- und Feuerlöschdienst und Wächter mit Dienstwaffen, Begleitwachen oder auf freien Geländen nach Lohngruppe II abzufinden. Abweichend hiervon haben einige Verwaltungsstellen Arbeiter im Sicherheitsdienst ohne Dienstwaffen nach Lohngruppe I entlohnt.

2. Nach dem TAR. sind Magazin- und Lagerarbeiter, die mit der pflegerischen Behandlung der Lagervorräte beschäftigt werden, nach Lohngruppe II, Arbeiter, die mit schweren Transportarbeiten beschäftigt werden, nach Lohngruppe III zu entlohnen. Bei letzteren ist zu unterscheiden zwischen Arbeitern, die überwiegend mit derartigen Arbeiten betraut sind und Arbeitern, die nur vorübergehend (tage- oder stundenweise) solche Arbeiten verrichten. Letztere können nur für die Tage, an denen sie voll oder überwiegend, d. h. länger als 4 Stunden am Tage mit schweren Transportarbeiten beschäftigt werden, den Lohn nach Lohngruppe III für den Arbeitstag erhalten. Der Begriff „schwere Transportarbeiten“ läßt sich von hier aus nicht allgemein fest umgrenzen. Im allgemeinen sind unter schweren Transportarbeiten alle Transportarbeiten zu verstehen, die über das Maß von Durchschnittsarbeitern hinausgehende besondere Körperkraft und Geschicklichkeit erfordern, z. B. bei männlichen Arbeitern: Transport schwerer Möbel, Geräte, Risten, Ballen, Fässer, Wägeschläde, das Entladen schwerer Gegenstände aus Eisenbahnwagen, das Pressen von Heu und Stroh und ähnliche Arbeiten.

3. Arbeiter (Arbeiterinnen), die hauptsächlich mit Botendiensten, Feilen von Geschäftszimmern usw., Hof- und Straßenreinigungsarbeiten, Ausbessern von Säden und sonstigen leichten Arbeiten im Wirtschaftsbetriebe beschäftigt werden, gehören nach Lohngruppe I und 1.

Werden Arbeiterinnen in den Lagern und Speichern mit Arbeiten betraut, die über diese leichten Arbeiten hinausgehen, z. B. pflegerische Behandlung der Naturalien und Geräte, die eine gewisse Sachkenntnis erfordern, Pressen von Heu und Stroh, Umstapeln schwerer Gegenstände (Wägsche, Geräte, Getreidemaschinen, Mühlsteine, Säcke, Ballen, Fässer, Ballen, Heu und Stroh) und ähnlichen Arbeiten, so sind sie nach Lohngruppe 2 abzufinden, wobei das unter 2 Gesagte gilt.

4. Vorübergehend beschäftigte Arbeiter (Arbeiterinnen) haben Anspruch auf den Lohn der Lohngruppe, die der Art ihrer Tätigkeit entspricht. Auch kann es nicht als zulässig angesehen werden, wie dies im Wehrkreisverwaltungsamt anscheinend allgemein angeordnet hat, neu eingestellte Arbeiter (Arbeiterinnen), die mit der pflegerischen Behandlung von Lagervorräten betraut werden, also Magazin- oder Lagerarbeiterdienste verrichten, vorerst nach Lohngruppe I und 1 zu entlohnen und erst später nach einer gewissen Beschäftigungszeit nach Lohngruppe II und 2 zu überführen.

5. Wegen Entlohnung der Vorhandwerker und Vorarbeiter wird nochmals auf die Bestimmungen im ARefV. 1925 S. 133 Nr. 1180 und ARefV. 1925 S. 61 Nr. 303 hingewiesen.

6. Einige Verwaltungsstellen führen Arbeiterinnen unter der Bezeichnung Vorarbeiterinnen, Aufseherinnen, Oberwächterinnen oder ohne jegliche Bezeichnung, das Heeresunterkunftsamts Meinungen sogar eine nicht vollbeschäftigte Keinemachefrau und das Heeresunterkunftsamts Ingolstadt eine Arbeiterin unter der Bezeichnung „gelernte Näherin“ in Lohngruppe 3. a) Vorarbeiterinnen sind nach der Art ihrer Tätigkeit entsprechenden Lohngruppe abzufinden und erhalten 10 Proz. Zuschlag zum Lohn, d. h. Grundlohn und Lohnzahl und Dienstalterszulage, soweit sie zuständig ist. b) Als Aufseherinnen können nur solche Arbeiterinnen gelten, die tatsächlich Aufsichtsdienste ausüben. Die Entscheidung darüber, ob und inwieweit ein Bedürfnis zur Ernennung von Aufseherinnen bei den einzelnen Dienststellen vorliegt, ebenso über die dienliche Notwendigkeit von Vorarbeitern wird den Wehrkreisverwaltungsämtern übertragen. c) Oberwächterinnen steht das Lohngruppenverhältnis nicht vor. Infolgedessen haben sie entweder als Aufseherinnen oder als Vorarbeiterinnen zu gelten. d) Gelernte Näherinnen im Sinne der Lohngruppe 3 sind nur solche Arbeiterinnen, die hochwertige Näharbeiten verrichten, wie z. B. die in den Frauenabteilungen bei Heeresbekleidungsämtern mit Anfertigung von Bekleidungsstücken beschäftigten Näherinnen. Daß solche Arbeit beim Heeresunterkunftsamts Ingolstadt vorliegt, muß bewiesen werden, um so mehr, als bei den übrigen Verwaltungsstellen, abgesehen von den Bekleidungsämtern, keine Näherinnen in Lohngruppe 3 bewertet werden kann, ist unbestreitbar.

7. Wäschfrauen in den Wäschanstalten sind, gleichgültig ob Wäschendienst oder Handbetrieb besteht, nach Lohngruppe 2 zu entlohnen.

8. Die Bestimmung in Buchstabe 1, 2. Absatz der Ausführungsbestimmungen der Anlage 3 zum TAR. werden durch vorstehende Ausführungen nicht berührt, es sei denn, daß es sich um Eingruppierungen handelt, die mit den früheren Tarifbestimmungen in offenkundigem Widerspruch stehen.

9. Die übersandten Nachweisungen folgen zur Festlegung bei Nachprüfung nach diesen Gesichtspunkten juräd. N. N. gez. Unterschrift.

Landstraßenwärter

Landstraßenwärter und Landstraßenbau. Zu einer der jüngsten Organisationsgruppen innerhalb unseres Verbandes gehören die Landstraßenwärter. Leider wird die Gruppe viel zu wenig beachtet und doch ist die Agitation da eine dankbare Arbeit. Gewiß ist es nicht leicht, einer Arbeitergruppe näherzutreten, deren Arbeitsgebiet ein Kreis ist und die innerhalb dieses Kreises zerstreut wohnen. Selbst wenn man Führung hat, machen die Versammlungen oft Schwierigkeiten. Häufig genug müssen kilometerlange Wege zu Fuß nach dem Versammlungsort zurückgelegt werden. Nach den kleinen Kreisstädten führen häufig nur Kleinbahnen. Der ganze Zugverkehr besteht an Sonntagen nur in einem Früh- und Abendzug. Das alles sind Erschwernisse. Und doch muß gesagt werden, daß überall da, wo die Landstraßenwärter nur dann und wann einmal ausgehakt werden, Abplittern von der Organisation sehr selten zu verzeichnen ist. Wohl alle Landstraßenwärter, die wir in den letzten Jahren organisiert, waren zum ersten Male in ihrem Leben organisiert. Der größte Teil ist bis auf den heutigen Tag dem Verbands treu geblieben. Alle gewonnenen Landstraßenwärter haben den Wert der Organisation kennen und schätzen gelernt. Viel hängt allerdings davon ab, einen oder zwei Kollegen zu gewinnen, die die Leitung übernehmen. Es ist nicht immer möglich, alle Kollegen aus einem Kreise zu einer Versammlung zu bekommen. Die Entfernungen vom Wohnort zum Versammlungsort sind sehr weit. Der Nachrichtendienst innerhalb eines Kreises ist jedoch erstaunlich. In kurzer Zeit ist es jedem Wärter im Kreise bekannt, was los ist. Es gibt selten einen Wärter, der von dem Stattfinden einer Versammlung nichts gewußt hat. Da die Versammlungen nur Sonntags stattfinden (von wenigen Fällen abgesehen), gehen die Sonntage mit Abhalten von Versammlungen verloren. Trotzdem muß die Arbeit gemacht werden. In Deutschland dürften schätzungsweise rund 50 000 Landstraßenwärter beschäftigt sein.

Die Landstraßenwärter gewinnen dadurch immer mehr an Bedeutung für unseren Verband. Für große Gebiete war früher der Landstraßenwärter Landwirt nebenbei. Auf den verkehrsreichen Strecken hatte der Landstraßenwärter nicht immer volle Beschäftigung. Die heutigen Verkehrsverhältnisse auf den Landstraßen sind jedoch andere geworden. Große Warenmengen werden nun noch auf den Landstraßen durch Lastkraftwagen befördert. Dieser Verkehr und auch die Personenbeförderung durch Kraftwagen nimmt gewaltig zu. Selbst in den entlegensten Heidegebieten ist heute ein lebhafter Verkehr auf den Landstraßen. Der stark zunehmende Kraftwagenverkehr gerät aber die Veden der Landstraßen in viel kürzerer Zeit wie früher. Früher hielten neugebaute Landstraßen lange Jahre. Heute jedoch erfordert auch die neugebaute Straße die fortgesetzte Tätigkeit des Wärters. Den durch die Lande jagenden LKWs sowie den Lastkraftwagen hält der bisher übliche Straßenbau nicht lange stand. Daher verlangt die Straßenbauverwaltung die tägliche Anwesenheit des Wärters. Das Arbeitsverhältnis ist dadurch ein anderes geworden, nicht aber die Anschauungen der Provinzen und Kreise als Arbeitgeber über die wirtschaftliche Lage der Wärter. Man erblickt auch heute noch in den Landstraßenwärtern den kleinen Landwirt. Ein Landstraßenwärter als Landwirt ist heute aber undenkbar. Die schnelle Zerstörung der Landstraßen erfordert die ganze Arbeitskraft des Wärters. Durch die intensive Ausnutzung der Arbeitskraft können die Wärter nicht nebenbei nennenswerte Landwirtschaft treiben. Der Mann ist also angewiesen auf das, was er als Landstraßenwärter verdient. Wenn dem so ist, kann es bei der bisherigen Lohnfestsetzung nicht mehr so weitergehen. Die Löhne müssen so gestellt werden, daß es einem Wärter möglich ist, mit einer Familie davon leben zu können. Das kann von den bisherigen Löhnen nicht behauptet werden. Es ist eine Tatsache, daß Frau und Kinder mitarbeiten müssen, nur um die nötigen Einnahmen zu schaffen, um davon die gewaltig gesteigerten Ausgaben für den Lebensunterhalt decken zu können. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß die Tätigkeit eines Landstraßenwärters keine so ideale ist, wie man es immer hinstellt. Bei Wind und Wetter, ohne jeden Unterlunstraum bei Essenspausen, muß der Wärter seine Pflicht erfüllen. Schon die genügende Berücksichtigung dieses Umstandes erfordert eine bessere Bezahlung der Wärter.

Was bei den Lohnverhandlungen für Landstraßenwärter ersparend wirkt, ist die Tatsache, daß heute die Unterhaltung der Straßen erhebliche höhere Mittel erfordert wie früher. Einmal durch die starke Abnutzung und schnelle Zerstörung der Straßen und dann durch die gewaltig gesteigerten Materialpreise. Es wäre dringend notwendig, daß die Regierung einmal in das Geschäftsgeld der Steinbruchbesitzer hineinkuckte. Die heutigen hohen Preise für Steinmaterial lassen sich durch nichts begründen. Hier wäre ein erheblicher Preisabbau dringend notwendig und auch leicht durchzuführen. Die Ausgaben für den Landstraßenbau steigen in einem rasenden Tempo weiter, Provinzen und Kreise sind immer schwerer in der Lage, die nötigen Mittel dafür aufzubringen. Diese Rückpersichten müssen mit Nachdruck vom Reich fordern, daß sie Einnahmen von denjenigen erhalten, die Ursache der starken Abnutzung der Landstraßen sind. Gegen den Wucher der Steinbruchbesitzer können sie sich am wirksamsten dadurch schützen, daß Stein-

brüche angekauft und in eigener Regie übernommen werden. Natürlich müssen diese Betriebe mehr kaufmännisch geleitet werden und nicht so bürokratisch, wie das heute bei dem Landstraßenbau der Fall ist. Auch hier kann eine Vereinfachung der Verwaltung finanzielle Erleichterung bringen.

Berwerflich ist es aber, wenn man nur versucht, auf Kosten der Wärter für den Landstraßenbau zu sparen. Das ist kein Mittel, was Provinz und Kreise nennenswerte finanzielle Erleichterung schafft. Es ist allerdings bequem, auf Kosten der Arbeiter die Ausgaben etwas einzudämmen. Aber heissen kann dieses Mittel auf die Dauer nicht. Die Landstraßenwärter müssen daraus erkennen, daß sie nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation in der Lage sind, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die heutigen Verkehrsverhältnisse zwingen den Wärter, seinen Lebensunterhalt auf der Landstraße zu finden. Immer mehr muß jeder erkennen, daß Provinz und Kreise in ihrer heutigen Zusammensetzung nicht gewillt sind, sich gegen diejenigen zu wehren, die Schuld an den hohen Ausgaben für den Landstraßenbau sind. Darum wird man auch weiterhin versuchen, auf Kosten der Löhne die Ausgaben für den Straßenbau zu vermindern. Es ist nicht genug, daß man niedrige Löhne zahlt. In der Provinz Hannover verlangt man, daß sich der Wärter von dem tagen Einkommen ein Fahrrad kauft und ohne jede Vergütung im Dienste verbräutet. Diese Zustände sind für die Wärter auf die Dauer nicht länger zu ertragen. Die Landstraßenwärter bedürfen eine einheitliche Organisation und ein einheitliches Können, um so werden sie sich in Zukunft vor weiterer Verelendung schützen. Die Anfänge sind da. Es muß auf diesem Wege weiter gearbeitet werden. Die bevorstehenden Provinz- und Kreisparlamentswahlen haben für unsere Kollegen die größte Bedeutung. Die bisherigen Reichstagsparlamente haben die Wärter zur Genüge kennen gelernt. Darum müssen Männer in diese Körperschaften gewählt werden, die auch die Tätigkeit und die wirtschaftliche Lage der Landstraßenwärter schätzen und achten.

F. R ü h s a m.

Wohnort. In einer stark besuchten Versammlung der Straßenwärter des Bauamts Wolmirstedt am 21. August 1925 berichtete Kollege Meister über die Wiederangelegenheit der Provinz-Straßenwärter, für deren Einrichtung sich auch Baurat Hentschel interessierte. Meister erhielt von der Versammlung den Auftrag, sich an das Bauamt zwecks Einführung von Dienstkleidern auch für die Kreis-Straßenwärter zu wenden. Alsdann machte der Bauamt Hentschel die Mitteilung, daß der Kreis-Ausschuß die Renten-zuschüsse nach den gegebenen Richtlinien anerkannt habe. Kollege Wachtendorf referierte dann über den neu abgeschlossenen Mantelvertrag für die Straßenwärter. Er ging ganz besonders auf die Änderungen ein und wies nach, wie bei den vielen Verhandlungen die einzelnen untragbaren Punkte gegenseitig abgemildert wurden und dann der Vertrag zustande gekommen sei. Es müsse Aufgabe der gesamten Kollegenschaft sein, den Aufbau der Ruhe-lohnbestimmungen und Teile der Tarifbestimmungen gemeinsam zu erweitern. In der Diskussion wiesen einige Redner auf die ungenügenden Lohnsätze hin und ersuchten die Gausleitung, mit allen Kräften dahin zu streben, daß die Löhne entsprechend der Teuerung aufgebessert werden.

Gerichts-Zeitung

Halle a. S. Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 50 Mk., den er wegen gefährlicher Körperverletzung erhalten, hatte der Wertmeister Sewald von der Städtischen Straßenbahn Einspruch erhoben. Am Montag wurde gegen ihn in dieser Sache vor dem Amtsgericht verhandelt. Der Angeklagte hatte am 25. Mai 1925 den Kollegen Flücht mit einem Stock über den Kopf geschlagen. Die Tat als solche konnte er nicht leugnen. Er behauptete aber, in Ausübung seines Hausrechtes und in Rottweh gehandelt zu haben. Es waren damals für uns erregte Zeiten. Das Fahrpersonal befand sich im Streik. Kollege Flücht hatte an den Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium teilgenommen und sollte den Werkstätten- und Streckenarbeitern der hiesigen Straßenbahn in einer Betriebsversammlung darüber Bericht erstatten. Diese Betriebsversammlung war für den 25. Mai, nachmittags 4 Uhr, am Schluß der Arbeitszeit, festgesetzt. Kollege Flücht erschien rechtzeitig auf der Arbeitsstelle und begab sich in den Mannschaftsraum, wo erst wenige Arbeiter anwesend waren. Da der Angeklagte von einer Betriebsversammlung nichts wußte oder wissen wollte — offiziell war ihm wie überhaupt der Werkleistung nichts mitgeteilt worden —, so stellte er in seiner Eigenschaft als Wertmeister, der für Ruhe und Ordnung im Betriebe zu sorgen hatte, den Kollegen Flücht zur Rede, wie er dazu komme, unbefugt in das Werk einzudringen. Kollege Flücht leitete seine Befugnis aus dem Betriebsratsbefehl her, nach dem er, als Vertreter einer am Tarifabschluß beteiligten Organisation, das Recht und die Pflicht habe, einer Betriebsversammlung beizuwohnen. Die Mitteilung von der Versammlung an die Wertleistung wäre Sache des Betriebsrates gewesen; sie sei aber nach dem Betriebsratsbefehl auch nicht erforderlich. Inzwischen hatte sich der Versammlungsraum ziemlich gefüllt. Kollege Flücht wandte sich von dem Wertmeister ab. Da schlug dieser ihn mit seinem starken Spazierstock von hinten über dem Kopf oberhalb des linken Ohres, so daß er zusammenbrach. Kollege

flücht raste sich jedoch zusammen und konnte nach geraumer Zeit seinen Bericht erstatten. Am andern Tage stellte sich eine große Gichtschwulst ein. In den Folgen des Schlages hatte Kollege Flücht ungefähr einen Monat lang im Krankenbett zuzubringen. Das Gericht lehnte die Annahme einer Notwehr vollkommen ab und ließ den Tatbestand einer vorsätzlichen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges für einwandfrei erweisen. Beim Strafmaß ging das Gericht über den Strafbefehl und über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, indem es den Angeklagten zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilte.

◆ Internationale Rundschau ◆

England. Sowohl national als auch international war der vergangene Woche in Scarborough abgehaltene 57. ordentliche Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes, aus dem 724 Delegierte 4342 982 Mitglieder vertraten, von größter Bedeutung. Dies kam bereits in der Eröffnungsrede des Präsidenten Smoles zum Ausdruck, in der dieser nicht nur über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit referierte, sondern auch über die Zusammenfassung der ganzen Bewegung, die Notwendigkeit der Erweiterung der Befugnisse des Generalrates und die Schaffung eines Apparates sprach, der den Generalrat zum Organ der zentralen Leitung der ganzen britischen Gewerkschaftsbewegung machen soll. Nachdem dann Smoles die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Handelsbeziehungen Englands mit Rußland im besonderen sowie die Verhältnisse in China, Indien, Mexiko usw. beleuchtet hatte, kam er auch auf die internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen zu sprechen, wobei er feststellte, daß die Vertreter der russischen Gewerkschaftsbewegung den ernstlichen Wunsch hätten, zu einem Einvernehmen zu gelangen und ihren Weg im IGB einzunehmen. Sie hätten auch bereits ihr Einverständnis zu Statuten ausgesprochen, die sich von denjenigen des IGB nicht wesentlich unterscheiden. Nach der Diskussion des Geschäftsberichts, aus dem u. a. hervorgeht, daß die Mitgliederzahl von 4 328 325 im Jahre 1924 auf 4 342 982 im Jahre 1925 gestiegen ist, ging der Kongreß zur Besprechung der Frage der Erhöhung der Befugnisse der Generalrates über. An der Debatte beteiligten sich hauptsächlich J. H. Thomas vom Eisenbahnerverband und J. Cook, Sekretär der Bergarbeiter. Thomas wies vor allem darauf hin, daß die weitgehenden Vorschläge weder von den Delegierten noch von den angeschlossenen Mitgliedern richtig geprüft werden konnten und die Delegierten des Kongresses keine Vollmacht hätten, dem Generalrat die in der Resolution vorgeschlagenen Machtbefugnisse zu erteilen. Cook verwies auf den kürzlich beigelegten Bergarbeiterkonflikt, der lediglich einen glücklichen Ausgang genommen habe, weil der Generalrat eine so einschließende Haltung einnehmen und von seinen Machtbefugnissen den weitestgehenden Gebrauch machen konnte. Schließlich wurde die Resolution, die dem Generalrat das Recht gibt, von allen angeschlossenen Mitgliedern bei der Durchführung von Arbeitskonflikten Beiträge zu erheben und die Einleitung von Streiks seitens der angeschlossenen Organisationen oder Teile derselben zur Unterstützung von Gewerkschaften zu fordern, die ein lebenswichtiges Gewerkschaftsprinzip verteidigen, an den Generalrat verwiesen. Dieser soll die Vorschläge eingehend prüfen und einer speziellen Konferenz einen Bericht unterbreiten. Wie wichtig die Frage der inneren Organisation der britischen Gewerkschaftsbewegung ist, geht aus der Tatsache hervor, daß es in England auch heute noch fast 2000 Verbände gibt, worunter z. B. 70 Organisationen unter 100 Mitgliedern, 62 Organisationen mit 100 bis 300, 40 Organisationen mit 300 bis 500 und 39 Organisationen mit 500 bis 1000 Mitgliedern. Die Spezialisierung geht so weit, daß es z. B. eine Organisation für Spengler gibt, die Kaltwasserrohre reparieren und eine solche für Arbeiter der Warmwasserrohre. Die Resolution zu dieser Frage, die folgende drei Punkte umfaßt: 1. Herabsetzung der Zahl der Verbände auf ein Minimum; 2. der Gewerkschaftsbund soll die Bildung neuer Verbände nicht befürworten; 3. der Kongreß beauftragt den Generalrat, seine auf den Zusammenschluß aller Arbeiter in einer einzigen großen Einheitsorganisation gerichteten Anstrengungen fortzusetzen, wurde mit 22 gegen 1,6 Millionen Stimmen abgelehnt, desgleichen eine Resolution, in der das Prinzip des allumfassenden Einheitsverbandes verurteilt wird. Das allgemeine Postulat der Gewerkschaftsbewegung betrifft, stellte sich der Kongreß auf den Standpunkt, daß die Gewerkschaften in Verbindung mit der Arbeiterpartei die Aufgabe haben, den Kapitalismus zu stürzen. In der von Ben Tillet unterbreiteten Resolution fordert der Kongreß die Regierung erneut zur Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag auf. — Bei der Unterbreitung einer Resolution gegen den Dames-Plan, die über die Verklammerung der deutschen Arbeiter und — als Folge davon — die niedrigen Löhne der englischen Arbeiter spricht und den Arbeitern Deutschlands die Hilfe der englischen Arbeiter im Kampfe gegen die Verschlechterung des Lebensstandards versichert, kam besonders auch die Wirtschaftslage Englands zur Sprache, wobei Cook u. a. auf die deutschen Reparationszahlungen und den Ausfall des englischen Kohlenexportes sprach und sagte, England könne seine Lebensunterhaltskosten nicht herabsetzen, solange seine Handelsbilanz nicht attivo werde. J. Turner gab zu, daß der Dames-Plan kapitalistisch sei, fügte jedoch bei, er sei mit

diesen deutschen Arbeitern in Fühlung gekommen, die sagten daß ihre Verhältnisse unter dem Dawes-Plan-Regime wohl schlecht seien, hingegen nicht so schlecht, wie vor der Annahme des Dawes-Planes. Walter (Eisen- und Stahlarbeiter) gab der Ansicht Ausdruck, daß die Arbeitslosigkeit in den englischen Kohlengruben und den anderen Industrien auch ohne den Dames-Plan eingetreten wäre. Die Resolution wurde einstimmig gutgeheißen. — Am letzten Verhandlungstag nahm der Kongreß eine Resolution an, derzufolge die Beherrschung nichtbritischer Nationalitäten durch die englische Regierung eine Form kapitalistischer Ausbeutung bedeute, bei der der Zweck verfolgt werde, auf Grund billiger Arbeitskräfte billige Rohstoffe zu erhalten. Da dadurch letzten Endes der Lebensstandard der Arbeiter in Großbritannien verschlechtert werde, spricht sich der Kongreß gegen jeglichen Imperialismus aus und tritt für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker im britischen Reich ein, die auch das Recht haben sollen, sich vom britischen Reich loszutrennen. — In den Generalrat, der ohne große Änderungen bestätigt wurde, sind auch J. H. Thomas (Eisenbahner) und R. Bonfield, die bei ihrem Eintritt in die Arbeiterregierung aus der Exekutive ausgeschlossen waren, wiedergewählt worden.

Frankreich. Der Streit der Bankangestellten ist nach einer Dauer von 50 Tagen Ende letzter Woche angesichts der Weigerung aller Bankleitungen, den Schiedsgerichtsorschlag der Regierung anzunehmen, beendet worden. Der Wiederaufnahme der Arbeit in den großen Banken soll das Protokoll vom 31. August zugrunde gelegt werden, das in der Hauptsache die Wiedereinstellung aller Angestellten, die Festlegung von Mindestgehältern für die Kategorien über 23 Jahren bei der üblichen Gehaltserhöhung am Ende des Jahres, eine Heimgüterzulage für die Wintermonate dieses Jahres und Besprechungen mit Angestelltendelegationen in allen Fragen vorsieht, die das Personal interessieren. Diese Delegationen müßten sich aus Mitgliedern der Gewerkschaftskammern zusammensetzen, die als Angestellte in den betr. Banken tätig sind. In einer von der nationalen Streikleitung herausgegebenen Erklärung wird gesagt, daß der Ausgang des Kampfes ein schöner moralischer Erfolg bedeute, namentlich auch in Hinsicht auf die an den Tag gelegte korporative Macht.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Gaukonferenz für den Wirtschaftsbezirk Westfalen. Am 13. September 1925 fand in Dortmund die Gaukonferenz für den Wirtschaftsbezirk Westfalen statt. Das Tagungshotel „Im Jah“ Münsterstraße, war von der Stilleitung Dortmund und stimmungsvoll und feierlich mit schwarzrotgoldenen und roten Fahnen ausgedecoren. Um 10 1/2 Uhr wurde die Konferenz vom Gauvorsitzenden, Kollegen Gerbracht, Düsseldorf, eröffnet. Die Gaukonferenz war besetzt von 30 Filialen mit 52 Delegierten. Außerdem waren einige Gäste anwesend. Zunächst berichteten die Kollegen Gerbracht und Buchelt über Lohn- und Tarifverträge. Kollege Gerbracht streifte die letzten Lohn- und Tarifabschlüsse im Tarifgebiet der Gemeinden und Städte und der G.W.E.-Werke Rheinlands und Westfalens. Er wies auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, welche sich der Lohnkommission, besonders nach den letzten Kommunalwahlen, entgegenstellten haben. Nach monatelangen Verhandlungen ist es endlich gelungen, durch Spruch der Bezirksschiedsstelle und des staatlichen Schlichters einen Schiedsspruch zum Bezirkstarifvertrag zu erzielen, welcher die Gewährung von 50 Proz. für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit vorsieht. Im Anschluß daran berichtete Kollege Buchelt über den Stand der Löhne und Tarifverträge in den Krankenhäusern, bei der Straßenbahn und über den Sondervertrag mit der Stadtverwaltung Münster. In der Aussprache wurde die Tätigkeit der Lohnkommissionen und der Gauleitung anerkannt. Die Kollegen Reuter-Bielefeld und Orlopp-Essen sprachen sich in der Debatte unter Zustimmung der Delegierten für eine andere Fassung des § 7 und für eine vollständige Streichung des § 12 der Ruhegeldordnung aus. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Gerbracht fand folgende Entschließung einstimmig Annahme:

„Die am 13. August 1925 tagende Gaukonferenz des Verbandes des Gemeinde- und Staatsarbeiter für den Wirtschaftsbezirk Westfalen nimmt mit Interesse den Bericht der Gauleitung über die Tarif- und Lohnverhandlungen entgegen. Die Konferenz erkennt an, daß von Seiten der Gauleitung in Verbindung mit den Lohnkommissionen unter den obwaltenden Verhältnissen alles getan ist, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Gemeinde- und Staatsarbeiter zu bessern. Leider war es trotz intensiver Arbeit nicht möglich, im verflochtenen Geschäftsjahre reifere Berücksichtigungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges angenommen werden mußten, wieder auszugleichen. Streben den Beschlüssen unseres Verbandstages und des 12. Kongresses des Gewerkschaften Deutschlands beschließt die Konferenz, alles daran zu setzen, um den achtstündigen Arbeitstag wieder zu erlangen.“

Die Konferenz verpflichtet sich, alles zu tun, um die Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Teuerung anzupassen, welche in keinem Verhältnis zu dem Einkommen der übrigen Arbeitnehmer in Gemeinde- und Staatsbetrieben und Verwaltungen stehen (Beamten und Angestellten). Der Hinweis der Arbeitgeber auf die niedrigen Löhne der Industriearbeiter ist nicht am Platze, weil man in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunktur es ablehnt, an die Arbeiter der öffentlichen Betriebe die Löhne der Industrie zu zahlen. Die anwesenden Kollegen verpflichten sich, alles zu tun,

de- und genom- öffent- Organi- Bericht steitere seiner einen en zur- sammt- it mög- ereffant is auch

e Halle großen ollegen undstag Verlaut örlicher meimen uftions- ber die für die ind das Bericht meinde- nen für den sich übrung blangen) unge- gelehnt lanzen, nan sie so wie für die en Ber- zu eine etrieben gien in das s über- etten zu en von e Refo- 5. Eup- andes unpolitik abtlich ul dem Protest über die haben. ter von ets mit ar und us- und iten er- na leht, spruchs daran- die upf zur Durch ung von e Ber- die Ver- für die üchten sie rücht bel gerecht Mittel- te Ent- ch dann Deutung ie Kam- hnt für ys- und ng. Mit Abweh in allen Ab- chendes en Kol- len.

Die Ver- für die üchten sie rücht bel gerecht Mittel- te Ent- ch dann Deutung ie Kam- hnt für ys- und ng. Mit Abweh in allen Ab- chendes en Kol- len.

Die Ver- für die üchten sie rücht bel gerecht Mittel- te Ent- ch dann Deutung ie Kam- hnt für ys- und ng. Mit Abweh in allen Ab- chendes en Kol- len.

Die Ver- für die üchten sie rücht bel gerecht Mittel- te Ent- ch dann Deutung ie Kam- hnt für ys- und ng. Mit Abweh in allen Ab- chendes en Kol- len.

Die Ver- für die üchten sie rücht bel gerecht Mittel- te Ent- ch dann Deutung ie Kam- hnt für ys- und ng. Mit Abweh in allen Ab- chendes en Kol- len.

Die Ver- für die üchten sie rücht bel gerecht Mittel- te Ent- ch dann Deutung ie Kam- hnt für ys- und ng. Mit Abweh in allen Ab- chendes en Kol- len.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien. Verlag S. H. B. Diez, Berlin, 158 Seiten, Preis 2,50 M.

Das Buch ist eine Kollage. Die drei Autoren: Abramowitz, Eudomita und Beretelli, lassen die Tatsachen für sich selber sprechen. Berichte aus Gefängnislagern, Briefe, Protokolle, kräftige Quotienten usw. reden eine unumkehrliche Sprache. Das Buch verdankt seine Entstehung einem Beschluß der Sozialistischen Internationale, den Terror der russischen Regierungspartei gegen die russischen Sozialisten in einer populären Schrift so erschöpfend wie möglich darzustellen. Aber darüber hinaus ist das Buch eine Abrechnung mit dem gesamten bolschewistischen Regierungssystem. Die gezeichneten Skizzen in Redensarten, die man wagt mit dem Namen: „Kampf um die Freiheit des Proletariats“ zu empfinden. Wir sehen hinter Gefängnismauern, in die Folterkammern der Tscheka, in die Bergbewachung und das Glas der Konzentrationslager. Und all dies angewandt gegen Proletariat, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die treu dem Glauben an den Sozialismus, sich gegen Terror und Ungerechtigkeit wenden.

Paul Kampffmeyer. Deutsches Staatsleben vor 1700. Verlag S. H. B. Diez, Rastatt, Gangelstein, 6,50 M.

Der moderne deutsche Staat, der die mittelalterliche Ständeherrschaft abgeworfen, das stehende Heer und stehendes Beamtenamt geschaffen hat, entspringt aus der großen sozialen und politischen Revolution des 18. Jahrhunderts, die von deutschen Geschichtsschreibern durchweg „die Reformation“ genannt wird. Den Herdengang dieses Staates erlebte der Leser des Kampffmeyer'schen Werkes förmlich aus anschaulichen zeitgenössischen Schilderungen. Das Kolportage und der Selbst- der absolutistischen Zeit erschließen sich dem Leser aus diesen biographischen Dokumenten dieser Periode. Ein wertvolles Einlesen in dieses Zeitalter wird durch ein reiches, den zeitgeschichtlichen Charakter entsprechendes Bildmaterial gebildet.

Eine Reihe vollen- und staatswirtschaftlicher Kenntnisse schließt der Leser aus dem Kampffmeyer'schen Werk. Die Lehre von Klassenkämpfen wird nicht abstrakt entwickelt; sie stellt sich dem Leser unmittelbar aus den anschaulichen Darstellungen der absolutistischen Wirtschaft, Staats- und Gesellschaftsverfassung mit.

Das Kampffmeyer'sche Buch will dem Lehrer zur Hand gehen, der dem Schüler bestimmte staats- und volkswirtschaftliche Grundbegriffe beibringen will. Das Buch verdrängt nach Möglichkeit alle Fremdwörter und ist so volkstümlich geschrieben, daß es selbst von jugendlichen Lesern verstanden wird. Die Geschichte der Vergangenheit ist hier erzählt, kommt der Leser die Gegenwartspolitik versteht und diese zu gehalten lernt.

Hugo Lehmann, H. d. R. Der Kampf um die Aufwertung. Von Helfrich bis Hindenburg. Verlag S. H. B. Diez, Rastatt, Berlin, 88 Seiten, broschiert 1 M.

Als das Aufwertungsgesetz von dem „Reiter“ endgültig unterzeichnet war, überschwebte den Wählermarkt eine Fülle von „populären“ Aufwertungsschriften. Aber nirgends gab es eine kurze, sachliche Übersicht über die einzelnen Fäden, die sich um den „Aufwertungsgesetz“ verwickeln, zu neuen Reden, in dem man gutgläubige Reutner und Operer jetzt glänzend gefangen hat. Das Verdienst des allgemeinen als sachlich und kennzeichnend bekannten Kopierens des Dampfausflusses des Reichstages, Hugo Lehmann, ist es, aus ein Buch gegeben zu haben, das in kurzer, knapper Form alles Wesentliche herausgearbeitet — klar und eindeutig die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Kampf herausgibt und mit besonderer Ausführlichkeit die verlogene doppelzählige Haltung der Deutschnationalen an den Dranger stellt. Das Buch ist eine scharfe Waffe im Kampf gegen die Reaktion. Der Umfang gibt das ganze Aufwertungsgesetz im Überblick wieder.

Arbeiterpartei und Staat. Von Wilhelm Sturmfels, Verlag C. S. Hirschfeld-Verlag.

In neuerer Zeit werden von den verschiedensten Seiten Versuche gemacht, das Verhältnis von Arbeiterpartei und Staat zu klären. Dabei besteht gemein die Meinung, die Klärung zu empfangen, daß eine Umgruppierung in der Auffassung der Arbeiterpartei vor sich gehen müsse mit Rücksicht auf den Volkswillen, der in der Weimarer Verfassung verankert ist. Der Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratie hat gleichfalls in diesem

Stunde im neuen Programm sowie in der Aussprache darüber versucht, größere Klarheit zu schaffen. Etwas früher nämlich, etwa vor Jahresfrist, hat der Vortragende der Arbeiterakademie, Genosse Dr. Sturmfels, in seiner Schrift über „Arbeiterpartei und Staat“ diese Dinge eindringlich behandelt. Er versucht, die politische Situation Europas im gegenwärtigen Augenblick zu kennzeichnen und stellt fest, daß die gesamte europäische Lage wesensgleich von den Vorstellungen und Ideen ist, wie sie im alten Deutschland geherrscht haben. Sturmfels ist nun der Meinung, daß die Arbeiterpartei zwar mit aller Kraft dafür gesorgt habe, den Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern, daß aber dadurch andererseits ein erheblicher Teil des alten Deutschland in das neue republikanische Hindernis geraten ist. Diese Gedankenansätze sind nicht von der Hand zu weisen, wenigstens Einzelheiten sehr verschiedenartig ausgelegt werden müssen, womit unseres Erachtens auch Dr. Sturmfels nicht immer das Richtige trifft. In einem besonderen Kapitel der Schrift behandelt er die Lehre des Marxismus und Staat mit einem erheblichen kritischen Einschlag gegenüber dieser Theorie selbst. Hier scheinen uns die Darlegungen allerdings auf dem Parteitag in Heidelberg viel treffender und klarer. Eingetrag wird das Kapitel über die Verhältnisse zum Staat als notwendige Voraussetzung der politischen Neuorientierung der deutschen Arbeiterpartei im großen ganzen zutreffen. Seine Forderung, die Arbeiter müßten unter verantwortlicher Führung sich den Produktionsprozess erörtern, erscheint allerdings derzeit utopisch, wenn man an eine „blühliche Erörterung“ dabei denkt. Anders hingegen, wenn ein allmähliches Einbringen damit gemeint ist. In diesem Falle würde sich die Auffassung mit der grundsätzlichen Einstellung der Gewerkschaften decken. Bei alledem haben wir auch gegenüber den beiden letzten Kapiteln der Schrift mancherlei kritische Einwendungen zu machen, was uns aber nicht hindern kann, anzuerkennen, daß diese Schrift außerordentlich sorgfältig geschrieben ist und durchaus als Diskussionsunterlage für politische Arbeitsgemeinschaften dienen kann.

Der Stein der Weisen und das Perpetuum mobile waren das Ziel der Alchimisten und Geheimwissenschaftler im Mittelalter. Die beiden erfindungsreichen 7. Elefanten des „Kleinen Brodhaus“ bringt und deutet eine alte Abbildung eines gesonten Perpetuum mobile, jener Maschine, die ununterbrochen Arbeit ohne erneuerte Kraftleistung leisten soll. Ein Mühlrad, über das Wasser fließt, welches durch eigene Kraft wieder gehoben wird, um wieder über das Mühlrad zu fließen. Auf diese Weise soll ein ewiger Kreislauf des Wassers und infolgedessen eine unangestrebte Bewegung bei der die Mühlradwelle angeschlossenem Schließstein hervorgerufen werden. Heute wissen wir, daß das Perpetuum mobile eine Unmöglichkeit ist, und daß der Gedanke, es zu konstruieren, auf einer Unkenntnis der Naturgesetze beruht. Die neue Elefanten des „Kleinen Brodhaus“ weiß auch noch viel Interessantes zu berichten. Eine Übersicht über die Entwicklung der Kunst und der Ober geben uns ein klares Bild des ganzen Herabgangs des Zeitalters, dessen überlebensfähige Anfänge bis weit ins Altertum zurückgehen. Zusammenfassen finden zwei reichhaltige Bildtafeln in zum Teil farbiger Ausführung; die Tafeln waren vor den gläsernen Platten, die eingegeben werden von den ungenießbaren aber harmlosen Bildern unterfunden. Ein Kapitel über die Geschichte Polens gibt uns ein Bild von dem Auf und Nieder der Sozialisten dieses an Naturgütern reichen Landes. In dem Artikel über die nordische Mythologie tritt uns die ganze germanische Götterwelt entgegen. Meteorologische Tafeln erwecken das Verständnis für die Wettervorhersagen und Naturbeobachtungen. Jedem bringt die Elefanten wieder etwas Neues; sie läßt, wie die vorhergehenden, erkennen, daß der „Kleine Brodhaus“ ein unerhöflicher Quell des Wissens ist. Allen, die sich dieses ausgezeichnete Nachschlagewerk anschaffen wünschen, geben wir den Rat, es sofort beim Buchhändler für den ermäßigten Subskriptionspreis zu bestellen, da dieser höchst Hilfe Preis nur noch für Bestellungen bis zum 29. September gilt.

Die brennende Petrolenquelle in Rußland, die selbst durch Kräftebeschießung nicht verdrängt werden konnte, zeigt die Illustrierte Reichsbanner-Zeitung auf dem Titelbild der beiden erschienenen Nr. 37. Die riesige Aufschlagungsbomben in Ostpreußen wird von einem deutschen Zeitschreiber geschildert und in guten Bildern wiedergegeben. Marschälle und die Hindenburgbewegung behandelt Franz Kuhn. Viele Bilder von deutschen Gewerkschaftshäusern illustrieren „Gewerkschaftshaus und Gewerkschaftsmacht“. Das Band der tausend Seen, der Kanusport, eine treffende Satire „Exhibition“, vorzügliche Karikaturen, Humor, der Roman, Rätsel, aktuelle und Reichsbannerbilder in großer Zahl verbergen die wohl gelungene Nummer mit interessantem Inhalt. Die Illustrierte Reichsbanner-Zeitung ist in jeder Buchhandlung, durch die Post und bei den Ortsgruppen des Reichsbanners zum Preis von 30 Pf. zu haben.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!
Unverwundlich im Gebrauch!

Garantie-Fahrräder
mit Freilauf

Herren:		Damen:
76⁰⁰		82⁰⁰

Man verlange kostenlos Katalog von der
Sigurd-Gesellschaft m. b. H. Cassel 107

In der Sammlung
Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

ist neu erschienen:

Heft 19: Die Besonderheiten des Betriebsrätegesetzes
 für die Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Beamten von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen

Demnächst erscheint:

Heft 20: Zur Organisationsfrage der deutschen Gewerkschaften
 von Emil Dittmer, Berlin.

Eine Zusammenstellung der Materialien und Unterlagen zum Organisationsproblem für den 10. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den 12. Gewerkschaftskongress in Breslau, sowie die Entschlüsse beider Kongresse zur Organisationsfrage.

Bisher sind erschienen:

Heft 1: Klafflöcher zur Einführung in die Psychologie.
 Von Wilhelm Exner, Essen a. d. Ruhr.
 (Vergiftung.)

Heft 2: Semmelweis.
 Eine Skizze. Geschichte v. Alfred von Berger.
 (Vergiftung.)

Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.
 Von Johannes Gut, Berlin. 2. Auflage.
 In die Tiefen und Weiten des unermesslichen Weltalls führt Joh. Gut mit dieser Schrift über die Entwicklung der Welten, über Kraft und Stoff, die Grundlagen des Weltaufbaues.

Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.
 Von Johannes Gut, Berlin. 2. Auflage.
 Von der winzigen Keimzelle angefangen bis zu hochentwickelten Pflanzen und Tieren, vom einzelnen Lebewesen bis zur Millionenwesenorganisation wird in vollständiger Weise der Zusammenhang in der Entwicklung des Lebens dargestellt.

Heft 5: I. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.
II. Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung.
 Von Fritz Ränker, Berlin.
 Die im vorliegenden Heft zusammengefaßten beiden Vorträge geben einen Überblick über die bisherige und fernere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands.

Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.
 Von Emil Dittmer, Berlin.
 Im demerschwierigen Jahre zeigt der Verfasser eine Reihe von Angriffspunkten, an denen nicht nur die gewerkschaftlichen Organisationsleiter, sondern jeder einzelne einsehen kann, um am Ganzen mitzuwirken.

Heft 7: Soziale Gedächtnis.
 Eine Auswahl neuerer Arbeiterdichtungen, die vom Schaffen und Streben, von Freude und Leid der arbeitenden Völker reden.

Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.
 Von Johannes Gut, Berlin.
 Im ersten Teil der Entwicklungsgeschichte über und Johannes Gut in leichtverständlicher Erzählweise, beginnt mit dem vorgeschichtlichen Menschen, durch Altertum und Mittelalter der Weltgeschichte.

Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.
 Von Johannes Gut, Berlin.
 Im zweiten Teile der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts zeigt der Verfasser den gemäßigten Fortschritt der Kultur. Mit reichhaltigem Tatsachenmaterial belegt, wird die Geschichte der heutigen Kulturstaaten der alten und neuen Welt dem Leser zugänglich gemacht.

Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.
 Kurzbiographien über Marx, Bebel, Legien u. a. Das Buchlein bringt eine Auswahl von Lebensbeschreibungen bekannter Sozialisten und Arbeiterführer, die sich um die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung verdient gemacht haben.

Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsoblenen.
 Von Rudolf Wed, Berlin-Friedrichshagen.
 Diese Schrift enthält eine zusammenfassende Darstellung d. Entlassungsschutzes für Betriebsratsmitglieder unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung.

Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?
 Von Oskar Karpst, Leipzig.
 Diese Schrift enthält neben einer kurzen Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte eine Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen der freien Gewerkschaften und erklärt Zweck und Ziel dieses bedeutsamen Teiles der modernen Arbeiterbewegung.

Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.
 Von Willy G. Cripps, Leipzig.
 Aus dem Inhalt: Was müssen wir von der Entwicklungslinie des Kapitalismus wissen? Kräfte der kapitalistischen Entwicklung, Unternehmungsformen, die modernen industriellen Monopole u. a.

Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot.
 Von Victor Roach, Berlin.
 In einigen Beispielen werden die großen Schäden und Gefahren der Wohnungsnot geschildert und Mittel und Wege angegeben, um diese Notstände zu beseitigen.

Heft 15: Die deutsche Literatur.
 Von Johannes Gut, Berlin.
 In der bekannten leichtverständlichen Weise belegt und Johannes Gut eine Übersicht über die deutschen Dichter und ihre Werke.

Heft 16: Gewerkschaften, Industrie-Menschen und Produktionschule.
 Von Emil Dittmer, Berlin.
 Die Grundfragen der menschlichen Beschäftigung, die Schaffung von Lebensberufen an Stelle der Not- und Brotberufe auf dem Wege über die Produktionschule werden unter besonderer Beachtung der Ziele der Arbeiterbewegung eingehend behandelt.

Heft 17: Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft.
 Von Hermann Kattutat, Stuttgart.
 In mehreren in sich abgeschlossenen Kapiteln wird Sinn und Zweck der Gemeinwirtschaft in Reich, Staat und Gemeinden, ihr Wert für den Arbeiter als Produzenten und Konsumenten und die Aufgaben der Gewerkschaften als deren Vertreter dargestellt.

Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung.
 Von Oskar Karpst, Leipzig.
 In knappen, aber geeigneten Strichen wird in dieser Schrift eine Darstellung der Aufgaben, Typen und Gruppierungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegeben. Die 18. eine Ergänzung der Broschüre „Warum brauchen wir Gewerkschaften?“
 Die Preise für die Hefte 1 bis 4, 8 bis 15 sind 4,00 Goldmark, für die Hefte 5 bis 7, 25 Goldmark, für Verbandsmitglieder nur 2,25 bzw. 2,15 Goldmark.

Die „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung“ sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die
Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
 Berlin SO 33, Schleifische Straße 42